PolAk
Politische Akademie der ÖVP

kaderschmiede

Reihe

Grundlagen der Politik

Arbeitsheft 1: Werte und Grundsätze
(2. Auflage)

Dietmar Halper

Inhalt

Vorwort 5

1. Ideologie und Grundsätze 6

a) Ideologien 6
b) Das christliche Menschenbild – Grundlage der ÖVP 12
c) Die Bedeutung von Grundsatzprogrammen 14

2. Die ÖVP – Sammelbewegung aus liberalen, konservativen und christlich-sozialen Wurzeln 16

a) Konservative Traditionen und ihre Bedeutung für die ÖVP 16
b) Liberale Traditionen und ihre Bedeutung für die ÖVP 17
c) Christlich-soziale Traditionen und ihre Bedeutung für die ÖVP 19

3. Unsere Werte 21

4. Unser Wirtschaftsmodell – Die (Öko-)Soziale Marktwirtschaft 26

5. Geschichte und Struktur der ÖVP 29

a) Entwicklung der Programmatik 29
c) Struktur und Organisation 30
d) Föderale Organisation 30
e) Mitglied der Europäischen Volkspartei 32
e) Verhaltenskodex der Österreichischen Volkspartei 32

6. Parteien in Österreich 38

a) Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 38
b) Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 39
c) Die Grünen 41
d) Team Stronach 42
e) NEOS 42

7. Grundsatzprogramme im Vergleich 44

a) ÖVP-Grundwerte 44
b) SPÖ-Grundwerte 44
c) FPÖ-Grundwerte 45
d) Grüne-Grundwerte 45
e) Team Stronach-Grundwerte 45
f) NEOS-Grundwerte 46

8. Weiterführende Literatur:.....48

Vorwort

Gelebte Grundsätze und handwerkliches Können sind für die ÖVP notwendig und selbstverständlich. Schließlich verstehen wir uns als staatstragende Partei und wollen Österreich mitgestalten. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, ist es für alle Mitglieder der ÖVP-Familie wichtig, sich aktiv weiterzubilden und genau über Ursache und Wirkung des eigenen politischen Tuns nachzudenken. Wer das vorliegende Arbeitsbuch gelesen und durchgearbeitet hat, wird wissen, warum er sich bei der ÖVP zuhause fühlt. Es ist in einer pluralistischen Gesellschaft gar nicht mehr einfach zu sagen, welche Partei für welche Inhalte steht. In der Vergangenheit beschworene politische „Dogmen“, wie etwa die Links/Rechts-Achse, haben viel an Anziehungskraft und Bedeutung eingebüßt. Sie sind oft zu Klischees verkommen. Für die ÖVP ist es wichtig, dass unser politisches Handeln auf bestimmten Werthaltungen aufbaut. Daher haben wir uns entschieden, eine Publikation zum Thema Werte und Grundsätze der ÖVP zu veröffentlichen. Denn nur wenn wir wissen, woher wir als Partei kommen, welche Werte wir vertreten und welche Gesellschaft wir wollen, werden wir beim Wähler Vertrauen erwerben.

Dr. Dietmar Halper
Direktor der Politischen Akademie

1. Ideologie und Grundsätze

Zu Beginn ein paar Erläuterungen und wissenschaftliche Erklärungen über „Politische Ideologien".Die Behauptung der „Ideologielosigkeit" ist die herrschende Ideologie unserer Zeit. Mit dieser Spitze hat der Philosoph Konrad Paul Liessmann treffend umschrieben, dass mit Ideologiedebatten heute kaum noch das Blut von Funktionären und Stammtischen in Wallung gebracht wird. Der Wähler will von der Politik einfache Lösungen für spezifische und konkrete Probleme im Alltag, im Beruf und für seine Familie. Dieses alltagstaugliche Politikverständnis als Problemlöser für die Menschen ist seither der Trumpf der Bürgermeisterpartei Volkspartei. Die Menschen werden in ihrer jeweiligen Lebenswelt abgeholt.

Aber die ÖVP ist mehr! Unsere ideologischen Urväter standen an der Wiege der demokratischen Bewegung der Donaumonarchie. Mit der Revolution 1848 begann durch liberale, konservative und christlich-soziale Kräfte der Umbau der Monarchie in eine repräsentative Demokratie in vielen kleinen Schritten. Die Einführung von Grundrechten, freien Wahlen und letztlich die Ausrufung der Ersten Republik 1918 waren die Folge. Die damals existierenden Parteien gibt es längst nicht mehr. Aber ihre politischen Errungenschaften leben noch heute in der ÖVP fort. Nicht als direkt weitergeführtes Gedankengut oder Programmatik, sondern als wichtige Grundwerte wie etwa Freiheit, Verantwortung und Solidarität.

Ideologien galten in den vergangenen zwei Jahrzehnten meist als etwas, das sich überlebt hat. Auch Pragmatismus und Sachkenntnis galten lange Jahre als politischer Königsweg. Durch die Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich dies allerdings geändert: Die Menschen erwarten sich von der Politik wieder mehr grundsätzliche Antworten. Neben der konkreten Hilfestellung wollen Menschen nun auch wieder über politische Grundsätze und diesen Grundsätzen zugrunde liegende Werte, Überzeugungen und Ideen (also eben Ideologien) Bescheid wissen und diese verstehen.

a) Ideologien

Jede Gesellschaft beruht auf Vorstellungen über Gut und Böse, über das Gerechte und das Ungerechte, kurz: auf einem Wertesystem. Der Begriff Ideologie bezeichnet eine Weltanschauung oder ein System von Wertvorstellungen. Eine politische Ideologie im engeren Sinn ist ein System von Grundsätzen mit weltanschaulichem, politischem und wertendem Charakter. In ihr spielen neben theoretischen Überlegungen auch praktische Elemente eine wichtige Rolle. Eine Ideologie möchte die Welt nicht nur erklären, sondern auch gestalten. Sie nimmt maßgeblichen Einfluss auf das politische Verhalten der Menschen. Alle politischen Entscheidungen enthalten daher – bewusst oder unbewusst – Wertentscheidungen über die Zukunft der Gesellschaft. Allerdings können Grundsätze nicht mit Mitteln der Wissenschaft empirisch „bewiesen" werden, auch wenn sich etwa der Kommunismus dieser Methode bedient hat („wissenschaftlicher Sozialismus").Der Begriff Ideologie wird heute in der Wissenschaft wertneutral und rein beschreibend verwendet. Im Alltag ist der Begriff hingegen meist negativ besetzt, um eine nicht geteilte Weltanschauung als nicht „objektiv" zu kritisieren. Eine Ideologie ist ein fixes Weltbild, das auf fest stehenden Grundannahmen beruht. Menschen, die eine Ideologie für quasi naturgegeben halten bzw. aus dieser einen Wahrheitsanspruch ableiten, werden positiv als Idealisten und negativ als Ideologen bezeichnet. Daher ist es von besonderer Bedeutung für die Politik, ob politische Gruppierungen ihre Ideologien verstandesmäßig prüfen, mit der

Wirklichkeit vergleichen und weiterentwickeln. Das starre Festhalten an einmal gezogenen ideologischen Schlüssen wird als Dogmatismus bezeichnet. **Fundamentalistische** bzw. **extremistische Ideologen** erklären die komplexe Wirklichkeit anhand einzelner oder weniger Phänomene. Dabei werden wichtige Details, die diesem Muster widersprechen unterbewertet, ausgeblendet oder vernachlässigt. Man spricht dann von einem „ideologischen Blickwinkel".Stark ideologisierte Erklärungen tendieren dazu, „Patentrezepte" anzubieten, mit denen eine Vielzahl von Problemen durch einfache Lösungen beseitigt würden. Beispiele sind der Marxismus oder der Liberalismus, die sich auf die Spannung zwischen Individualismus und Kollektivismus zurückführen lassen.

Individualismus

Der Mensch ist älter als der Staat. Im vorgeschichtlichen Idealzustand sei der Mensch sein eigener Herr gewesen, habe uneingeschränkte Freiheit besessen und habe ebenso uneingeschränkt über sein Eigentum verfügt. Gemäß dem Individualismus müsse der Mensch von Zwängen, Gewohnheiten, Dogmen usw. befreit werden. Der Wert der Person steht über dem Wert der Gemeinschaft: Staat, Wirtschaft und Gesellschaft müssten daher so organisiert werden, dass sich das individuelle Selbstinteresse ohne Hemmnisse entfalten kann. Wenn alle ihr Selbstinteresse verfolgen, kommt es zum „größten Glück der größten Zahl". Die Gesellschaft ist nicht mehr als eine Summe von Einzelpersonen; es wird auf die Selbstregulierungskräfte von Wirtschaft und Gesellschaft vertraut. Die Freiheit des einen endet jedoch dort, wo die Freiheit des anderen beginnt. Wir haben auch die Verantwortung, die Grenzen unserer Freiheit im Sinne der Gemeinschaft anzuerkennen und dafür einzustehen. Eine politische Ideologie, die auf dem Individualismus beruht, ist der Liberalismus. Ein Wirtschaftssystem, das auf der Kraft des Einzelnen aufbaut, ist der Kapitalismus.

Der politische **Liberalismus** setzte sich historisch für Gewaltenteilung (Legislative – Exekutive – Judikative), Volkssouveränität (der Staat bleibt in all seinen Befugnissen dem Volk verantwortlich) und Rechtsstaat ein. Die strikte Trennung von Gesellschaft und Staat beschränkt diesen auf die Aufrechterhaltung der äußeren und inneren Ordnung („Nachtwächterstaat"); alles andere könnten die freien Individuen im Rahmen der Freiheitsrechte untereinander organisieren. Das betrifft auch das Wirtschaftsleben, das sich durch das Spiel von Angebot und Nachfrage, von Löhnen und Preisen ganz von selbst („mit unsichtbarer Hand") in bestmöglicher Weise regelt.

In seiner wirtschaftlichen Variante tritt der Liberalismus als **Kapitalismus** auf. Definiert als das von Privatinitiative und Eigeninteresse getragene Streben nach Profitmaximierung, mithilfe eines freien Wettbewerbs von Angebot und Nachfrage bei geringem Staatseinfluss. Der heute gerne gebrauchte Begriff **Neoliberalismus** bezeichnete ursprünglich eine Neubelebung des Liberalismus in den 1930er und 1940er Jahren, als Gegengewicht zu Kommunismus und Nationalsozialismus. Er strebt eine vorwiegend marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Gestaltungsmerkmalen wie privates Eigentum, freie Preisbildung, Vertragsfreiheit und Gewerbefreiheit an. Betont wird der wechselseitige Zusammenhang von politischer und wirtschaftlicher Freiheit sowie die Notwendigkeit einer Rechtsordnung, die den Wettbewerb fördert und das Entstehen von privaten Machtpositionen zu verhindern sucht. Seit der Globalisierung ist der Begriff Neoliberalismus in Misskredit geraten und meint vor allem angebotsorientierte Wirtschaftspolitik. Als neoliberal werden heute all jene Positionen bezeichnet, die im politischen Diskurs unerwünscht sind. Buchautor Gerhard Willke meinte daher, dass der Begriff Neoliberalismus ein Phantom ist: Es gibt keine Anhänger von ihm, nur Kritiker. Außerdem weiß keiner, was neoliberale Politik will. Auch wenn der heutige Begriff etwas anderes meint als die Widerstandsbewegung der 1930er Jahre gegen Nationalen und Internationalen

Sozialismus, ist es politisch nicht sinnvoll, politische Positionen mittelfristig als neoliberal zu bezeichnen, da dieser Begriff hochgradig negativ besetzt ist.

? **Woher stammt der Begriff Neoliberalismus?**

Kollektivismus

Das Gegenstück zu individualistischen Ideologien bilden die kollektivistischen. Unter Kollektivismus wird ein System von Werten und Normen verstanden, in dem das Wohlergehen der Gruppe (des Kollektivs) mehr zählt als das Wohlergehen des Einzelnen. Die Interessen des Individuums werden hier jenen der Gruppe untergeordnet. Das Kollektiv kann eine Klasse, ein Volk oder jede andere Art von Gemeinschaft sein. Die individuelle Seite des Menschen, seine persönlichen Stärken und Bedürfnisse werden zurückgedrängt. Politische Ideologien, die auf dem Primat des Kollektivs aufbauen, sind Nationalsozialismus, Sozialismus und Marxismus.

Der **Marxismus** denkt den Menschen vom Arbeitsprozess her, in dem er steht. Der Mensch sei ein Produkt seiner ökonomischen und sozialen Verhältnisse, die seine materiell-ökonomische Basis bildeten und durch die seine existenzielle Situation völlig bestimmt werde. Immaterielle Komponenten der Existenz wie etwa Sinnstiftung werden ausgeklammert. Religion, Gesellschaft, Kunst, Recht, Staat und Familie sind für den Marxismus alle in den Produktionsverhältnissen grundgelegt. Die wahre Wirklichkeit des Menschen sei daher nicht die individuelle Person, sondern die Gesellschaft. Religion beispielsweise wirke als „Opium“ für das Volk – sie würde verschwinden, wenn das Elend der Bevölkerung beseitigt wäre. Die Situation sei durch kapitalistische Ausbeutung und den Klassengegensatz gekennzeichnet. Dieser Klassengegensatz habe seinen Ursprung im privaten Eigentum an Produktionsmitteln. Privateigentum führe dazu, dass das Verfügen über Dinge zu einem Verfügen über Menschen werde. Als politisches Ziel skizzierte Marx die Überwindung des Klassengegensatzes in Form einer „klassenlosen Gesellschaft“.Diese wäre durch den Klassenkampf der „Arbeiterklasse“ (Gesamtheit der Werktätigen, Proletariat) gegen die „Ausbeuter“ (Besitzende, Arbeitgeber, Bourgeoisie) herzustellen, an dessen Ende die Abschaffung von Privateigentum als Verfügungsmacht stünde. Im Kampf sind individuelle Schicksale oder Bedürfnisse zweitrangig. Die der Gemeinschaft eingeräumte Vorrangstellung führt zu „Patentrezepten“ und zum „Gießkannenprinzip“; sie unterdrückt den Einzelnen (Bevormundung).

Im **Nationalsozialismus** nimmt hingegen die „Volksgemeinschaft“ die Rolle der „Klasse“ ein. Seine wesentlichen Elemente sind der Führerstaat (totale Unterordnung des Individuums), die Beseitigung pluralistischer Erscheinungsformen wie Parteien oder Gewerkschaften und die Gleichschaltung aller Interessen auf ein Ziel hin. Liberalismus und Marxismus haben Teilwahrheiten absolut gesetzt: Wollte der Liberalismus den Menschen bloß auf das Individuum beschränken, reduzierte ihn der Marxismus auf das Produkt ökonomischer Verhältnisse.

Nennen Sie Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Liberalismus und Marxismus:

? **Woran erkennt man fundamentalistische Ideologien?**

Versöhnung von Individualismus und Kollektivismus – die Christdemokratie

Die Christdemokratie hat basierend auf dem christlichen Menschenbild einen dritten politischen Weg entwickelt, der auf den Erkenntnissen der christlichen Soziallehre aufbaut. Die Entwicklung der christlichen Soziallehre ist eng verknüpft mit der Entstehung der Marktwirtschaft im 19. Jahrhundert. Damals entstanden neue Freiheiten für den Einzelnen, neue Arbeitsformen, aber auch neue soziale Probleme. In einem umfassenden Verständnis ist die christliche Soziallehre so alt wie das Christentum selbst und durch das Wirken Jesus vorgelebt.

Im Unterschied zum Marxismus sucht die christliche Soziallehre eine Lösung gesellschaftlicher Probleme nicht in revolutionären, sondern in evolutionären Kategorien, dass heißt ständige Verbesserung und Weiterentwicklung des bestehenden politischen Systems. Als „Geburtsstunde“ der Soziallehre gilt die Enzyklika „Rerum Novarum“ Papst Leos XIII. vom 15. Mai 1891. Wesentliche Ansätze der Katholischen Soziallehre sind hier begründet, unter anderem:

- Das Recht auf Privateigentum
- Der Vorrang des Menschen vor dem Staat
- Die Wahrung der Würde des Menschen am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft
- Die Ablehnung von Klassenkampf und Gleichmacherei
- Die Pflicht des Staates zur sozialen Gesetzgebung

? **Welche vier Grundprinzipien stehen in der Enzyklika „Rerum Novarum“?**

Die christliche Soziallehre

Die zeitlose Faszination, die vom Neuen und Alten Testament auf die Menschen abstrahlt, erstreckt sich nicht bloß auf Christen, sondern bietet auch für nichtgläubige Menschen einen überzeugenden Kanon von Regeln für ein gerechtes menschliches Miteinander. Besonders faszinierend an den ethischen Regeln der Bibel ist ihre Anschaulichkeit. Hochkomplexe Probleme des menschlichen Zusammenlebens werden durch Beispiele und Gleichnisse für jeden Bürger leicht verständlich illustriert. So bietet etwa das Gleichnis vom barmherzigen Samariter (Lukas 10,25–37) einen guten und zentralen Einstieg zum Kernwert der christlichen Soziallehre. In diesem Gleichnis wird ein Mann auf dem Weg von Jerusalem von Räubern überfallen. Diese plündern ihn aus und lassen ihn schwer verletzt liegen. Ein vorüberkommender Priester sieht ihn und geht weiter, ebenso ignoriert ihn ein Levit. Schließlich findet ihn der barmherzige Samariter. Er versorgt den Überfallenen, bringt ihn zu einer Herberge und kommt für die Kosten der Übernachtung und der Heilung auf. Jesus Christus zeigt mit diesem Gleichnis, worauf es beim Helfen ankommt: für seinen Mitmenschen da zu sein, wenn dieser in Not ist. Zu handeln und nicht Verantwortung an andere Mitmenschen abzuschieben. Dieses spontane und uneigennützige Handeln ist der zentrale Wert zum Verständnis der christlichen Soziallehre. Und der Wert der Solidarität ist schließlich der Schlüssel zum Verständnis der christlichen Soziallehre. Im christlichen Verständnis erscheint der Mensch einerseits als Ebenbild Gottes, gleicht aber in seiner Vergänglichkeit den übrigen Geschöpfen. Der Mensch kann **als freie und selbstverantwortliche Person** selbstbestimmt handeln und die Unterscheidung zwischen Gut und Böse treffen. Er ist verantwortlich für sein Tun und Lassen – vor sich selbst, vor seinen Mitmenschen und vor Gott. Er besteht in seinem Wesen aus einer Individual- und einer Sozialnatur (Gemeinschaftswesen Mensch).Laut christlichem Verständnis steht also der Mensch in einem dialektischen (doppelten) Spannungsverhältnis: auf der einen Seite die Begrenztheit des Menschen und die geforderte Selbstbescheidung, nicht wie Gott sein zu können/dürfen, auf der anderen Seite

die besondere Erwählung, die schöpfungstheologisch in seiner Kreativität und – für Christen – in der Menschwerdung des Gottessohnes (Auftreten Jesu) hervortritt. Der Gedanke der Würde des Menschen nimmt von hier seinen Ausgang.

Christliche Soziallehre

Personalität	Solidarität	Subsidiarität	Gemeinwohl
Der Mensch ist ein selbstverantwortliches Wesen mit unantastbarem Freiheitsraum und unantastbarer Würde. Diese Menschen-würde ist der Grund für die umfassenden Menschenrechte, die der Staat zu achten und zu wahren hat.	Der Mensch ist von Natur aus ein auf Gemeinschaft hin ausgelegtes Wesen. Solidarität ist ein wesentlicher Bestandteil einer menschengerechten Wirtschaft.	Was der einzelne Mensch bzw. eine kleine Gruppe (Familie, Dorfgemeinschaft, Bezirk) besorgen kann, soll auch vom Einzelnen bzw. der kleinen Gruppe besorgt werden. Erst wenn die Kräfte der kleinen Einheit nicht mehr reichen, soll die größere Gemeinschaft (Land, Bund, EU) helfen. Aus dem Prinzip der Subsidiarität folgt eine Absage an jedes „Gießkannenprinzip“.Es bringt Schutz vor Bevormundung, Hilfe zur Selbsthilfe oder die Aufgabenteilung in politischen Gebilden (Föderalismus) mit sich.	Das Wohl aller ist nicht automatisch das Ergebnis von individuellen und Gruppeninteressen, sondern der Staat hat eine Ordnung anzustreben.

Mit diesen vier Prinzipien unterscheidet sich die Soziallehre von den extremen Auffassungen des Sozialismus und Kapitalismus. Der Kapitalismus sichert zwar die Freiheit, nicht aber die Wohlfahrt, der Sozialismus sichert weder Wohlfahrt noch Freiheit des Einzelnen. **Die christliche Soziallehre versöhnt hingegen die Interessen des Einzelnen mit den Interessen der Gemeinschaft.**

b) Das christliche Menschenbild – Grundlage der ÖVP

Die Frage „Wie wollen wir Politik machen?“ oder vereinfacht „Wie wollen wir leben?“ hängt untrennbar mit der Frage zusammen, wie wir „den Menschen“ sehen. Je nachdem, wie wir diese Frage beantworten, bestimmt sich unser Umgang mit anderen Menschen.

- Die Nationalsozialisten etwa glaubten entsprechend ihrem Menschenbild an eine Herrenrasse. Daraus folgten letztlich die Unterdrückung, Ausbeutung und Tötung aller Menschen, die nicht dem Ideal dieser Herrenrasse entsprachen.

- Vertreter des Kommunismus verfolgten die Idee des Kollektivismus – der Einzelne geht im Kollektiv unter. Darauf gründet sich ein Menschenbild, bei dem Freiheit, Eigenverantwortung oder die schöpferische Kraft des Einzelnen nichts zählen.

- Unser christliches Menschenbild hat seinen Ursprung in der theologischen Grundvorstellung, dass Gott den Menschen nach seinem Ebenbild geschaffen hat und dass vor Gott alle Menschen gleich sind. Daraus ergibt sich die Würde des Menschen, die der Mensch im Unterschied zu Sachen genießt.

Im modernen Sinne versteht man darunter, dass alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft oder anderer Merkmale wie Geschlecht oder Alter denselben Wert haben, da sie sich alle durch ein dem Menschen einzig gegebenes Merkmal auszeichnen, ihre „Würde“. Die Würde jedes Menschen kann von seinen Mitmenschen oder der Politik weder zu- noch aberkannt werden. Sie ist jedem Menschen vom Anfang bis zum Ende seines Lebens eigen.

Unser Menschenbild und die Würde des Menschen insgesamt aber nur aus der religiösen Vorstellung vom Ebenbild Gottes abzuleiten, wäre zu kurz gegriffen. Denn in einer säkularisierten Welt akzeptieren nichtgläubige Menschen eine solche Herleitung nicht mehr. Der argumentative Umweg kann auf zwei Wegen erfolgen:

1) Wir leiten die Würde des Menschen und damit unser Menschenbild direkt aus der normativen Kraft der Gesetze ab.
    a) Artikel 1 Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948) – in Österreich im Verfassungsrang – erklärt: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.”

2) Oder wir gehen den steinigen Weg der Erkenntnis und schlagen beim Philosophen Immanuel Kant nach: Der große Denker hat das christlich-jüdische Menschenbild in der Aufklärung für den modernen Rechtsstaat weiterentwickelt. Kant hat in seiner Abhandlung „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ die Achtungswürdigkeit und die Menschenwürde an sich im weitesten Sinne definiert.

Das Grundprinzip der Menschenwürde besteht für Kant

a) in der Achtung vor dem Anderen,
b) der Anerkenntnis seines Rechts zu existieren und
c) in der Anerkenntnis einer prinzipiellen Gleichwertigkeit aller Menschen.

Kant geht davon aus, dass der Mensch ein Zweck an sich sei und demnach nicht einem ihm fremden Zweck unterworfen werden darf. Das heißt: Die Menschenwürde wird verletzt, wenn ein Mensch einen anderen bloß als Mittel für seine eigenen Zwecke benutzt – etwa durch Unterdrückung oder Betrug. Wenn Menschen ihre Mitmenschen verzwecken und bereit sind, andere nur als Mittel zum – auch vermeintlich guten – Zweck zu missbrauchen, handeln sie also falsch und unredlich.

Aus diesem verbindlichen Grundsatz, wie Menschen miteinander umgehen sollen, leitet sich auch die „goldene Regel“ (Behandle andere so, wie du von ihnen behandelt werden willst) ab. Die Idee der Menschenwürde wurde somit aufbauend auf das christlich-jüdische Weltbild durch die Philosophen der Aufklärung zur Grundlage der heutigen Verfassung.

Zusammenfassend: Das christliche Menschenbild ist der Maßstab unseres politischen Handelns. Im Mittelpunkt dessen steht die Überzeugung von der Unantastbarkeit der Menschenwürde. Es ist dies eine jedem Menschen in gleicher Weise zugesprochene Würde, ganz unabhängig von körperlicher oder geistiger Leistungskraft, Befindlichkeit, Hautfarbe, Herkunft, Einkommen, körperlicher Verfassung und geistigen Fähigkeiten.

Der Begriff der Menschenwürde ist für die ÖVP deshalb so zentral, weil daraus alle unsere Grundwerte und politischen Überzeugungen abgeleitet werden können. Schwierige ethisch-politische Fragen wie der Schutz ungeborenen Lebens, die Frage der Sterbehilfe, die Ablehnung der Todesstrafe oder ähnlich komplexer Themen können nur unter Rückgriff auf den Begriff der Menschenwürde ganzheitlich und der Natur des Menschen angemessen diskutiert werden. Die Menschenwürde ist als Maßstab für eine menschenwürdige Gesellschaft notwendig und unverzichtbar, weil es den Anspruch der Unbedingtheit gegen jeden Versuch der Einschränkung menschlicher Würde verteidigt. Dass diese Gefahr für die Menschheit immer besteht, haben die Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts bewiesen. Für die ÖVP steht das christliche Menschenbild am Anfang ihres Politikverständnisses. Der Begriff der Menschenwürde ist für Christdemokraten nicht verhandelbar, weshalb dieser auch im Parteiprogramm von 1995 einen hohen Stellenwert besitzt:

- Der Mensch hat von Natur aus ein unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung.
- Die Menschenwürde ist der Ausgangspunkt unseres politischen Handelns.
- Wir stehen für einen Anspruch auf Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitsprache.
- Der Mensch ist eingebunden in Gesellschaften, denen gegenüber er persönlich Verantwortung trägt.
- Die Verfolgung ausschließlich egoistischer Interessen zerstört Grundlagen demokratischer Selbstbestimmung und gefährdet das Gemeinwohl.
- Der Mensch ist Teil der Schöpfung, eingebunden in den Kreislauf der Natur.

- Der Mensch ist verpflichtet zu einem sorgsamen Umgang mit Natur und trägt Verantwortung für die Bewahrung der Schöpfung.

c) Die Bedeutung von Grundsatzprogrammen

Erkennbar werden die ideologischen Wurzeln und die Menschenbilder von Parteien in deren **Grundsatzprogrammen**. **Parteien** sind wesentliche Träger der repräsentativen Demokratie (im Unterschied zur direkten Demokratie); es gehört zu ihrem Wesen, durch die Übernahme von Positionen in den verfassungsmäßig vorgesehenen Organen (Parlamente, Regierungen), Staat und Gesellschaft nach bestimmten Vorstellungen zu gestalten. Im demokratischen System ist dies vom Erfolg bei Wahlen abhängig. Ihre Rolle ist die eines Wettbewerbs der Ideen, eines Mittlers zwischen verschiedenen Interessen, zwischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den staatlichen Institutionen. Eine Partei muss ihren Wählerinnen und Wählern daher sagen, welche Politik sie verfolgen will. **Theorie und Praxis** sind auch in der Politik nicht voneinander zu trennen. Theorie bleibt ohne Praxis im „luftleeren Raum“, wird nicht wirksam. Umgekehrt muss Praxis ohne theoretischen Unterbau falsch werden, weil es nur in Routinefällen möglich wäre zu handeln, ohne vorher über dieses Handeln nachgedacht zu haben. Da es aber nicht möglich ist, vor jeder einzelnen politischen Handlung die jeweiligen damit in Zusammenhang stehenden Grundsätze zu reflektieren, ergibt sich die Notwendigkeit eines „Denkens auf Vorrat“ (**Programmatik**).Theorie und Praxis müssen im Einklang miteinander stehen, denn ohne programmatischen Unterbau verkommt politische Praxis zu Opportunismus und Beliebigkeit. Zur Programmatik und zur Praxis tritt als drittes „P“ in der Mediengesellschaft immer stärker auch die **Person** und deren Erscheinungsbild in den Vordergrund. Aber auch hier gilt: Wer Wasser predigt, aber Wein trinkt, verliert rasch das Vertrauen der Wähler. Ohne Verankerung in den Grundsätzen der Partei verliert auch eine charismatische Person sehr bald an Glaubwürdigkeit. **Grundsatzprogramme** sind zusammenfassend gesagt Wertesysteme, die auf historisch gewachsenen und sich entwickelnden Ideologien beruhen. Das Wertefundament hinter politischen Aussagen und Handlungen ist oft schwer zu erkennen. Grundsatzprogramme helfen, die Unterschiede zwischen den Parteien aufzuzeigen. Ein Grundsatzprogramm (oder Parteiprogramm) ist also die Zusammenstellung grundsätzlicher Forderungen, Ziele und Werte einer Partei. Es definiert die Identität einer Partei. Allerdings sind Parteien auch Orte unterschiedlicher Meinungen und Auffassungen. So unterscheiden sich die Interessen des Wirtschaftsbundes in bestimmten Fragen zum Teil von jenen des Bauernbundes oder des Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmerbundes. Und so sammelt das Grundsatzprogramm schließlich jene Werte, über die sich sämtliche Mitglieder einer Partei einig sind. Es ist quasi ein Kompass, der die grundsätzliche Richtung im Dickicht der Tagespolitik anzeigt. Grundsatzprogramme sind nicht in Stein gemeißelt. Sie ändern sich, so wie sich die Gesellschaft oder die Herausforderungen für die Politik ändern. Das erste Grundsatzprogramm der ÖVP waren etwa die „15 Leitsätze“ aus dem Jahr 1945. 1972 folgte das „Salzburger Programm“, das 1985 durch das „Zukunftsmanifest“ ergänzt wurde. Das aktuelle „Wiener Grundsatzprogramm“ stammt aus dem Jahr 1995. Im tagespolitischen Geschäft oder bei Wahlen wird allerdings eine Partei anhand ihrer politischen Forderungen, ihrer Spitzenkandidaten und ihrer aktuellen Lösungsansätze identifiziert. Kaum ein Bürger macht sich die Mühe, sich vor einer Wahl mit den Grundsatzprogrammen der Parteien auseinanderzusetzen. Die tagesaktuelle Politik, Konzepte, Ideen und Forderungen entstehen ihrerseits aber natürlich nicht im „luftleeren Raum“, sondern berufen sich auf die grundsätzlichen Ansichten und Konzepte, weswegen Programme unterschiedlich gestaltet sein können:

- Grundsatzprogramme (langfristig, gesellschaftliche Analyse und wertende Schlussfolgerung) sind ein „Koordinatensystem“ für zukünftiges politisches Handeln,

- Aktionsprogramme (kurzfristig, konkret),
- Wahlprogramme (beschreiben die Ziele der Partei für die kommende Legislaturperiode),
- Regierungsprogramme (überparteiliche Handlungsübereinkommen) usw.

Der Inhalt von Grundsatzprogrammen umfasst meistens allgemeine Wertvorstellungen, eine Analyse des gesellschaftlichen/staatlichen Ist-Zustandes sowie daraus folgende politische Forderungen.

Ein Grundsatzprogramm hat zwei Wirkrichtungen:

1. Es richtet sich an die Wählerinnen und Wähler (Außenwirkung):
    - Transparenz (Offenheit): Absichten erkennbar, Übereinstimmung Wort – Tat kontrollierbar
    - Orientierung: Entscheidungshilfe anhand objektivierbarer „Produktangebote“: Was will diese Partei?
    - Werbung: Sympathie und Zuführung von Wählerstimmen
    - Profil: Wie unterscheidet sich diese Partei von anderen?
2. Es richtet sich an die Funktionäre und Mitglieder (Innenwirkung):
    - Identifikation: Es erzeugt Selbstverständnis (Wir-Gefühl) und bindet Anhänger an die Partei
    - Legitimation: Die Parteiführung kann sich auf ein Programm berufen
    - Handlungsanleitung: Instrumentarium für die Auseinandersetzung im politischen Wettbewerb
    - Entscheidungshilfe: Wie ist ein Sachverhalt zu beurteilen?
    - Integration: Es verbindet verschiedene innerparteiliche Gruppen

Parteiprogramme sind also wesentlich für den Erfolg und/oder Misserfolg einer Partei mitverantwortlich. Um vom Wähler auch verstanden zu werden, sollten sie allgemein verständlich und klar formuliert werden und keinen „Parteijargon“ verwenden.

2. Die ÖVP – Sammelbewegung aus liberalen, konservativen und christlich-sozialen Wurzeln

Die ÖVP versteht sich seit ihrer Gründung als antisozialistische und antitotalitäre Sammelbewegung. Die ideengeschichtliche Heimat der ÖVP setzt sich seit ihrem Bestehen zu je gleichen Teilen aus einem christlich-sozialen, einem liberalen und einem konservativen Lager zusammen. Jedes dieser drei Lager hat zum Schmelztiegel ÖVP beigetragen. Diese drei sich manchmal ergänzenden, sich manchmal aber auch widersprechenden Ideologiestränge in eine Partei zu integrieren, ergibt die Besonderheit der Österreichischen Volkspartei.

a) Konservative Traditionen und ihre Bedeutung für die ÖVP

„Konservatismus ist nicht ein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt." Antoine de Rivarol

Der Begriff „konservativ" ist schillernd und besitzt sehr viele Bedeutungsebenen. In der Alltagssprache verwenden Menschen den Begriff „konservativ" heute meistens im Sinne von langweilig, verstockt oder bewahrend. Mit dieser abwertenden Bezeichnung ist aber nur das Wort „strukturkonservativ" angemessen umschrieben. Der Strukturkonservatismus ist eine Grundeinstellung, die eine vorherrschende Gesellschaftsordnung und politisch wohlerworbene Rechte beibehalten will. Strukturkonservatismus richtet sich also gegen Änderungen, auch wenn diese eine Gesellschaft weiterbringen und positiv verändern könnten. Strukturkonservatismus will bewahren, weil für ihn jede Änderung eine Änderung zum Schlechteren bedeutet. In diesem Sinne können auch Parteien wie die Grünen, die Sozialdemokratie, die FPÖ oder die Gewerkschaft strukturkonservativ handeln.

Eine zweite Spielart des „Konservativseins" kann mit dem Wort Wertekonservatismus beschrieben werden. Wertekonservativ zu sein, heißt mit den Worten von Altbundeskanzler Wolfgang Schüssel Folgendes: „Wer Gutes bewahren will, muss manches verändern." Um das Gute in einer Gesellschaft zu erhalten, müssen die politischen und gesellschaftlichen Strukturen an die jeweiligen Erfordernisse der Zeit angepasst werden, damit das Volk davon profitieren kann. Konservativ sein heißt aber auch, an überzeitlichen Wahrheiten und Geboten (Nächstenliebe, Anerkennung der Zehn Gebote) festzuhalten und diese zu verteidigen. Als Gegenposition zum Werterelativismus glauben Konservative an gewisse Regeln und Wahrheiten, die es zu verteidigen gilt. So hat etwa der ehemalige Vizekanzler Josef Pröll im Zuge des Perspektivenprozesses mit einer neuen Interpretation des Begriffes „konservativ" überrascht: „Konservativ zu sein bedeutet auch, Neues zu schaffen, was künftige Generationen als bewahrenswert betrachten. Und so ist Innovation keine Gefahr für den Konservatismus, sondern Voraussetzung für seinen Bestand." Ähnlich argumentiert die deutsche Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ursula von der Leyen. Sie bezeichnet sich selbst als „wertkonservativ, aber nicht als strukturkonservativ". Wertkonservativ insofern, als sie an den hohen Wert der Familie glaubt und dass Kinder in einer funktionierenden Gesellschaft immer willkommen sein müssen. Nicht aber strukturkonservativ, da für Ursula von der Leyen Kindererziehung eben nicht ausschließlich Frauensache ist, sondern Kinderbetreuung auch staatliche Einrichtungen (Ganztagsschulen, ganztägige Kinderbetreuung etc.) und Väter gleichermaßen in die Pflicht nehmen soll. Bei diesem Beispiel wird die Spannung klar ersichtlich. Strukturkonservative werden das moderne Familienbild von Ursula von der Leyen mitunter als „neumodisch" kritisieren, während sie aber anerkennen müssen, dass das Hochhalten familiärer Werte einem wertkonservativen Grundsatz entspricht. Auch sonst ist der Begriff „konservativ" nicht immer ganz genau. So wies etwa die aufkeimende Ökologiebewegung durchaus konservative Züge auf.

Für den Schutz von Natur und Umwelt einzutreten, ist beispielsweise im Auftrag der Bewahrung der Schöpfung als durchaus konservative Haltung zu bewerten.

? **Diskussion**

Ist Ihnen schon aufgefallen, dass ein konservatives Budget in der Wirtschaft positiv besetzt ist? Im Alltag sind konservative Werte heute aber großteils negativ besetzt. Wie kann das Wort konservativ künftig Ihrer Meinung nach auch in anderen Lebensbereichen und in der Politik wieder positiv besetzt werden?

Wenn Worte ihre Bedeutung verlieren, verlieren Menschen ihre Freiheit. Genau das ist mit dem Begriff „konservativ" passiert. Mit ihm wird heute all das benannt, was niemand sein will: verstockt, altmodisch, außerhalb der Mode stehend. Auf jeden Fall hat das Wort immer einen negativen Beigeschmack. Wie konnte es so weit kommen? Seit der Kulturrevolution des Jahres 1968 hat sich die politische Linke in Medien und veröffentlichter Meinung eine sprachliche Deutungshoheit gesichert, die den politischen Mitbewerber mit Sprachgeboten mundtot machen will. Selbst moderate konservative Positionen werden in inquisitorischer Manier an den Pranger gestellt.

Dabei gewinnt speziell in einer Zeit der Beschleunigung und des gesellschaftlichen Wandels der Konservatismus an Bedeutung. Als politische Überzeugung bürdet er Rechtfertigungszwänge jenen auf, die etwas verändern wollen und nicht jenen, die für den Erhalt bestimmter Haltungen und Überzeugungen auftreten. Das konservative Denken beharrt auf bestimmten unumstößlichen Überzeugungen und Wahrheiten. Konservative sehen Fortschritt in der schöpferischen Übernahme der Vergangenheit und nicht im Tabubruch und dem Neuen am besten verwirklicht. Nicht alles, was neu ist, ist auch automatisch gut und besser als das Traditionelle und uns Vertraute. Konservative Reformen wollen also eine Leistungsverbesserung des bestehenden Systems und nicht eine Überwindung oder Revolution des Vorhandenen. Es ist konservative Überzeugung, dass sich Menschen zu allen Zeiten an bestimmten Normen und Werten (wie etwa die Zehn Gebote, Respekt vor den Alten) zu orientieren haben.

Das Wesen des Konservativ-Seins

Konservatives Denken ist im Inneren wie nach außen von einem skeptischen Menschenbild bestimmt. Der Mensch ist nicht nur gut, sondern auch zum Bösen befähigt. Deshalb müssen dem Menschen und seinem Egoismus Grenzen gesetzt werden. Das bedeutet einen Kampf für Prinzipien – wie Schutz ungeborenen Lebens, gegen Sterbehilfe – so lange wie möglich, verbunden mit Konzessionen, wo es nicht mehr anders geht. Das Konservative ist insofern kein Hängen an dem, was gestern war, sondern ein Leben aus dem, was immer gilt.

b) Liberale Traditionen und ihre Bedeutung für die ÖVP

„Der Liberalismus sagt nicht: die Menschen handeln immer klug, sondern: sie sollten – in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse stets klug handeln." Ludwig von Mises

Liberalismus ist die individuelle Freiheit als normative Grundlage der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Der Stellenwert des Liberalen ist in der ÖVP immer präsent gewesen. Unabhängig

vom weltanschaulichen Liberalismus bedingt christlich-soziale Politik ein hohes Maß an Liberalität im Sinne der Toleranz und des Respekts gegenüber dem Mitbürger. Christdemokratische und liberale Grundsätze überschneiden sich im gleichen Menschenbild, wonach der Mensch durch sein schöpferisches Denken, kritisches Bewusstsein und verantwortliches Handeln bestimmt ist. Jeder Mensch besitzt von Geburt an – unabhängig von Geschlecht, Alter, Ethnie und Glaube – Anrecht auf Respekt und Achtung seiner Würde. Daher sind gerade auch Christdemokraten zu einer Politik mit einem hohen Maß an Liberalität verpflichtet. Wenn die ÖVP mit liberalen Traditionen in Verbindung gebracht wird, dann meistens mit Aspekten des Wirtschaftsliberalismus. Das ist sicher richtig: Die ÖVP steht für die (Öko-)Soziale Marktwirtschaft, freies Unternehmertum, Leistung und Wettbewerb und glaubt an den ehrbaren Kaufmann. Allerdings beschränkt sich das liberale Element nicht nur auf die Wirtschaft, sondern bezieht sich in Verfassung und Grundrechtsverständnis auf die großen liberalen Traditionen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Liberalismus in diesem klassischen Sinn tritt aktiv für den Wert von Wahlfreiheit und Selbstbestimmung ein. Der Liberalismus stellt die Freiheiten des einzelnen Menschen in den Vordergrund und lehnt jede Form des geistigen, sozialen, politischen oder staatlichen Zwangs ab.

Die vier wichtigsten Prinzipien des Liberalismus sind:

a) Recht auf Selbstbestimmung auf der Basis von Vernunft und Einsicht
b) Beschränkung politischer Macht
c) Freiheit gegenüber dem Staat
d) Selbstregulierung der Wirtschaft auf der Basis persönlichen Eigentums

Der Grundwert der Leistung wird in der altliberalen Bedeutung doppelt aufgefasst. Einerseits bezieht sich Leistung auf die Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Wer fleißig und tüchtig ist und sich mit seiner Hände Arbeit Eigentum und Vermögen aufbaut, ist ein Leistungsträger der Gesellschaft. Allerdings reduziert sich Leistung nicht nur auf den einzelnen Menschen. Auch der Mitmensch, die Gesellschaft und die Umwelt müssen mitgedacht werden. Der Leistungswille des Einzelnen erfordert also ein stark ausgeprägtes ethisches Bewusstsein von den Grenzen und Möglichkeiten des Machbaren. Leistung ohne Verantwortung für das Geleistete widerspricht den ethischen und sozialen Grundprinzipien. Die Leistung des einzelnen Menschen dient nicht dem bloßen Selbstzweck, sondern orientiert sich am gemeinsamen Wohl der Gesellschaft.

Besonders im „Wiener Programm“ des Jahres 1995 wurde das liberale Element der ÖVP gestärkt. Der Liberale glaubt an die schöpferische Kraft des Einzelnen; das macht ihn zum Fürsprecher der Menschenrechte. Leben, Freiheit und Eigentum sind die höchsten Grundwerte. Liberale orientieren sich am mündigen Menschen und treten für Wahlmöglichkeiten und Wahlfreiheit ein. Staatliche Bevormundung, Einheitsschulen und verpflichtende Quotenregelungen lehnen sie entschieden ab. Liberale ÖVPler wissen, dass es die Steuergelder der Einzahler – der Arbeitnehmer und Selbstständigen – sind, die den Sozialstaat erst ermöglichen. Sie erwarten sich daher von der Ausweitung von Sozialleistungen und Staatshilfen nicht mehr soziale Gerechtigkeit. Mehr Steuern und eine höhere Abgabenquote für den Einzelnen führen nicht zu einer gerechteren Gesellschaft. Liberale Christdemokraten glauben nicht an die Möglichkeit der Gestaltung der Gesellschaft, aber sie glauben an die Rechtsprechung. Die Bindung jeder Macht an das Recht und die Unabhängigkeit der Justiz gehört zu ihren Überzeugungen. Die Erwartungshaltungen an den Staat sind bescheiden, der liberale Bürger glaubt nicht, dass Bürokratie alle seine Probleme lösen kann und soll. Er gibt nicht Diskriminierungen, dem Staat oder fremden Mächten die Schuld, sondern sucht Verantwortung für sein Handeln bei sich selbst. Bürokratische Vorschriften empfindet er als Bevormundung und unrechtmäßige Einmischung in seine Privatsphäre.

Der Staat löst nicht alle Probleme: Daher müssen öffentliche Aufgaben immer wieder auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden. Es ist das liberale Ziel, öffentliche Ausgaben zu beschränken und zu senken. Eine hohe Staatsquote und hohe Steuerquoten für den einzelnen Bürger sind ungerecht. Nur die Freiheit des Einzelnen stärkt die Leistungsfähigkeit und verlangt von den Menschen, Entscheidungen zu treffen.

Liberalsein hat also nichts mit Neoliberalismus, Konsumismus oder nicht gedeckten Krediten zu tun. Leitbild des Liberalismus ist der freie Unternehmer, nicht der angestellte Manager. Der Unternehmer ist der, der als Erster aufsteht und vom Markt seine Ware holt, selber seinen Laden aufsperrt und sich für seine Mitarbeiter persönlich verantwortlich fühlt.

Liberale Christdemokraten nehmen aber Anteil am Schicksal der Mitmenschen, weshalb sich die Freiheit des Einzelnen nicht im Egoismus erschöpft. Freiheit bedeutet also Verantwortung, Verantwortung für sich und die Mitmenschen. Wer auf Kosten anderer lebt, die Gesellschaft ausnützt und strukturelle Ungleichheiten für sein Schicksal verantwortlich macht, ist nicht liberal.

Das liberale Menschenbild ist somit ein realistisch-bescheidenes, es geht davon aus, dass Wohlstand mittel- und langfristig nur durch harte Arbeit, Fleiß und Einsatz zustande kommt.

Der liberale Christdemokrat weiß, dass Freiheit und Wohlstand stets aufs Neue errungen werden müssen. So formulierte der Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhard: „Die stärkste Stütze einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist der Wille der Individuen, sich die Freiheit ihrer Lebensführung zu bewahren und sich nicht in allen Lebensäußerungen schablonisieren, uniformieren und kollektivieren zu lassen.“

? **Was sind die vier wichtigsten Prinzipien des Liberalismus?**

Ist es liberal, für oder gegen Quoten einzutreten?
Sind hohe Steuern auf Arbeit liberal?
Treten Liberale für Zentralismus oder Föderalismus ein?

c) Christlich-soziale Traditionen und ihre Bedeutung für die ÖVP

„Ich wage zu behaupten, dass es allein die christdemokratischen Parteien sind, die nach einem gesellschaftlichen Modell Politik machen. Für die ÖVP waren soziale Grundsätze immer eine Selbstverständlichkeit.“ Alois Mock

So wie sich die Kirche heute nicht an eine politische Partei bindet oder sich von einer solchen vereinnahmen lässt, ist es ein entscheidendes Merkmal der ÖVP, dass sie – im Gegensatz etwa zum politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit – keine konfessionelle (in starker inhaltlicher Abhängigkeit von der Kirche) bzw. klerikale (in starker organisatorischer Verschränkung mit der Kirche) Politik betreibt, sondern **als säkulare Partei Religion als ethisch-religiösen Impuls für ihr politisches Handeln versteht** (vergleiche Eigendefinition der ÖVP im Grundsatzprogramm 1995 unter dem Punkt *„Wir sind die christdemokratische Partei“*).

Den entscheidenden **Durchbruch** erzielten christdemokratische Parteien **nach dem Zweiten Weltkrieg**, als sie sich von inhaltlich und organisatorisch eng mit der Kirche verschränkten konfessionellen Parteien (politischer Katholizismus) zu überkonfessionellen Volksparteien weiterentwickelten. Sie übernahmen in vielen Staaten Regierungsverantwortung und initiierten die **europäische Integration**, deren Gründung untrennbar mit den Namen Robert Schuman, Konrad Adenauer und Alcide de Gasperi verbunden ist. Auch in außereuropäischen Ländern, insbesondere in Lateinamerika, entstanden gleichartige Parteien. In Großbritannien und in den USA hingegen wurde die Christdemokratie nie zum Markenzeichen einer politischen Partei. Menschenbild und grundlegende Überzeugungen der christlich-sozialen Tradition sind im Buch im Kapitel Versöhnung von Individualismus und Kollektivismus – die Christdemokratie (vergleiche S.15 f.) beschrieben.

3. Unsere Werte

Werte können als die handlungsleitenden und wünschenswerten Orientierungsmaßstäbe unseres Lebens beschrieben werden. Wertvorstellungen oder kurz Werte sind Vorstellungen über Eigenschaften, die Dingen, Ideen, Beziehungen u.a.m. beigelegt werden.

Man unterscheidet zwischen materiellen (z. B. Lohn) Werten und immateriellen (z. B. Treue, Loyalität) Werten. Werte dienen als Orientierung für den einzelnen Bürger aber auch für die ganze Gesellschaft. Auf der individuellen Ebene dienen diese der persönlichen Identität und geben Orientierung. Ohne Werte ist das soziale und politische Zusammenleben von Menschen unmöglich. Erst durch Werte konstituiert sich die Gesellschaft: Werte ordnen, geben Sinn und Orientierung.

Die Werte der Österreichischen Volkspartei bauen alle auf dem christlichen Menschenbild auf. Dabei ist klar, dass Werte niemals absolut gesetzt werden dürfen, sondern nach den Anforderungen der Zeit zu interpretieren und zu gestalten sind. Die wichtigsten Grundwerte der ÖVP stammen aus dem Parteiprogramm von 1995 und sind Maßstab unseres politischen Handelns. Das Bedürfnis der Menschen nach Werten, nach Überschaubarkeit, Sicherheit und Verlässlichkeit nimmt in Krisenzeiten zu. Notwendige Reformen sind für die Bevölkerung nur dann nachvollziehbar, wenn sie auf der Grundlage allgemein akzeptierter Werte durchgeführt werden.

Für den ÖVP-Bundesobmann und Vizekanzler Michael Spindelegger bilden gelebte Werte die Grundlage christdemokratischer Politik. Bei seiner Österreichrede im Jahr 2012 hat Spindelegger deutlich gemacht, dass Werte das Fundament und den inneren Kompass für sein politisches Handeln bilden. Für Spindelegger können sich zwar die Lebenssituationen der Menschen ändern, nicht aber die Werte, welche stets Gültigkeit besitzen: „Wenn wir Werte auf der Höhe unserer Zeit anwenden, haben wir ein Fundament mit dem wir auch Zukunft gestalten können."

Für Mitglieder der ÖVP-Familie gelten folgende Leitlinien: Ehrlichkeit und Anstand, Vertrauen und Respekt sind Tugenden und Werte, nach denen ÖVP-Politiker ihre Entscheidungen abwägen und schlussendlich treffen müssen. Diese Werte gelten verbindlich für alle Funktionäre und Amtsträger. Für Spindelegger sind das keine Werte der Vergangenheit. Sie haben kein Gestern, kein Heute und kein Morgen und sind immer gültig. Diese Werte bilden das zeitlose Fundament christdemokratischer Politik.

Die einzelnen Werte der Christdemokratie begrenzen und ergänzen einander, stehen aber auch in einem Spannungsfeld zueinander. Ihre Gewichtung untereinander sinnvoll zu gestalten, ist unsere Aufgabe und Kern der politischen Auseinandersetzung. Nachfolgend werden die wichtigsten Werte des geltenden Grundsatzprogrammes aus dem Jahre 1995 kurz vorgestellt und diskutiert.

Freiheit

Der Mensch ist frei und zur Entfaltung geschaffen. Jeder Mensch hat daher das Recht, als freies und verantwortliches Individuum anerkannt zu werden. Freiheit ist aber nicht selbstverständlich. Gerade die politische Freiheit hängt mit dem Freisein von Fremdherrschaft zusammen, und ist eng mit der eigenen Entfaltung, Verantwortung und Selbstbestimmung verknüpft. Sie ist daher ein hohes Gut und ein Grundrecht jedes Bürgers, das es zu verteidigen gilt. Die Freiheit des Anderen bedingt und begrenzt die eigene Freiheit. Wer persönliche Freiheit für sich reklamiert, muss die Freiheit seiner Mitmenschen anerkennen. Freiheit umfasst gleichermaßen Rechte wie Pflichten. So ist Freiheit immer auch

verbunden mit Verantwortung. Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den notwendigen Freiheitsraum zu sichern und sie für das Gemeinwesen in die Pflicht zu nehmen. Die Leistung eines Menschen ist Teil seiner persönlichen Entfaltung. Wir sehen in der Leistung des Menschen eine unverzichtbare Voraussetzung für den Fortschritt, für das Streben nach Glück des Einzelnen und die Bewältigung gemeinsamer Aufgaben in der Gesellschaft. Es geht darum, möglichst faire Bedingungen zu schaffen, damit die Menschen ihren Leistungswillen auch realisieren können. Wenn die persönliche Leistung der Maßstab für Einkommen, beruflichen Aufstieg und gesellschaftliche Anerkennung ist, muss die Politik dafür sorgen, dass die dafür notwendigen Bedingungen Chancen für alle bieten und den Erfordernissen der Zeit ständig angeglichen werden.

Subsidiarität

Subsidiarität bedeutet für die ÖVP: Vorrang der Eigenverantwortung und der kleineren Gemeinschaften. Jeder ist zunächst für sich und die Seinen verantwortlich. Die größere Einheit darf keine Aufgaben und Kompetenzen übernehmen, die die kleinere besser wahrnehmen kann. Daraus ergibt sich die Aufgabenverteilung zwischen Bürger und Staat bzw. zwischen Staaten und Gemeinschaften. In gleicher Weise darf man auch nicht auf die Gemeinschaft abwälzen, was man selbst leisten kann.

Subsidiarität fördert und fordert den eigenverantwortlichen und aktiven Menschen. Nicht die Hilfe des Staates erwarten, sondern sein Leben nach den eigenen Fähigkeiten bestmöglich selbst zu gestalten und abzusichern, macht es erst möglich, diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, entsprechend zu unterstützen. Mit dezentralen Entscheidungen kann die Politik die Menschen direkt erreichen, ihre Anliegen besser verstehen und die besten Lösungen anbieten. Subsidiarität bedeutet Freiheit zur Entfaltung und ist zugleich Verpflichtung, Verantwortung in der Gesellschaft zu übernehmen.

Nachhaltigkeit

Neben der Verantwortung für uns selbst und unsere Mitmenschen tragen die Politik, aber auch jeder einzelne Bürger, Verantwortung für die Überlebensfähigkeit und Weitergabe der gesamten Schöpfung. Die ÖVP erachtet es daher als politischen Auftrag, die natürlichen Lebensgrundlagen zu schonen und zu bewahren. Die ÖVP versteht sich als Partei der Nachhaltigkeit. Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet für Christdemokraten, mit den Ressourcen unseres Planeten verantwortungsvoll umzugehen, um auch nachfolgenden Generationen die Nutzung unserer Umwelt zu ermöglichen. Aus der Forstwirtschaft kennen wir das Prinzip: Es soll nur soviel aus dem Boden herausgeholt werden, wie auch wieder dem Boden zurückgegeben wird. Leben wir daher von den Früchten und nicht von der Substanz. Das beste Wirtschaftsmodell um nachhaltig zu wirtschaften ist die ökosoziale Marktwirtschaft (vergleiche Kapitel „Unser Wirtschaftsmodell“ S.45 f.). Ziel einer nachhaltigen Politik ist es, nur „enkeltaugliche“ Entscheidungen zu fällen.

Gerechtigkeit

Basis der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit. Gerechtigkeit sichert diese Würde und Freiheit. Gerechtigkeit ist ebenso die Grundlage für echten Frieden.

Ungleich sind die Menschen in ihren Anlagen, Fähigkeiten, Neigungen und Interessen. Das unterstreicht die Einmaligkeit und Individualität des Menschen. Kein Mensch ist seinem Nächsten gleich. Seine Möglichkeiten aber müssen es sein. Gerechtigkeit ist daher als Chancengleichheit für alle

Menschen zu verstehen. Jeder soll die gleichen Möglichkeiten haben, sich in Freiheit so zu entfalten, wie es seinen persönlichen Fähigkeiten entspricht. Die ÖVP setzt sich dafür ein, dass jeder Mensch seine Lebenschancen frei und verantwortlich wahrnehmen kann. Gerechtigkeit zielt auf möglichst gerecht verteilte Lebenschancen, auf einen offenen Zugang zu den Bildungseinrichtungen, zum Arbeitsmarkt, zu Gütern, Leistungen und Eigentum, sowie auf Möglichkeiten zur Mitsprache und zur Mitverantwortung ab. Gerechtigkeit erfordert die Anerkennung persönlicher Leistung und sozialen Ausgleichs für diejenigen, die sich am Leistungswettbewerb unverschuldet nicht beteiligen können. Die ÖVP will allen Bürgern gleiche Chancen eröffnen, nicht gleiche Ergebnisse versprechen. Gleichheit bedeutet nicht, dass alle Menschen gleich sind und die gleichen Talente besitzen, sondern dass alle Menschen gleichwertig sind. Das Ideal der Gleichheit bedeutet, dass jeder Mensch unabhängig von Ethnie, Geschlecht und sozialer Herkunft den gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Aufstieg aus eigenem Antrieb schaffen kann. Gleichheit kann also nur Gleichheit in den Ausgangsvoraussetzungen und nicht Ergebnisgleichheit heißen. Die Aufgabe und Herausforderung christlich-sozialer Politik ist es also, für jeden die, gemäß seinen Fähigkeiten und Talenten, optimalen Startvoraussetzungen zu schaffen. Christdemokratisches Gleichheitsverständnis heißt somit: Individualität und Chancengleichheit für alle Menschen.

Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Sicherheit ist die Stütze der Freiheit. Die Bewahrung oder Wiederherstellung von Sicherheit hat in der Wertehierarchie der Menschen einen hohen Stellenwert. Der Wunsch nach Sicherheit drückt eine elementare Hoffnung moderner Gesellschaften aus. Sicherheit bezieht sich nicht nur auf die körperliche Integrität der Menschen, sondern auf verschiedene Bereiche: von der sozialen Sicherheit über die Rechtssicherheit bis zur Versorgungssicherheit.

Die Menschen brauchen die innere und äußere Sicherheit des Staates, sowie den Schutz von Leib, Leben und Eigentum. Menschen brauchen eine ungestörte Entwicklung elementarer Bereiche des persönlichen und sozialen Lebens, wie Erziehung, Bildung und Kultur.

Ziel muss es daher sein, für alle Lebensbereiche Sicherheit zu gewährleisten. Ein sicheres Einkommen, ein Leben ohne Zukunftsangst, eine Gesellschaft in der sich der Bürger im Alltag geborgen und sicher fühlen kann. Den Menschen dieses Grundgefühl der Geborgenheit in der Familie, in der Dorfgemeinschaft wie in den Städten und auch am Arbeitsplatz zu geben, ist unser politischer Auftrag. Der Sicherheitsbegriff wird von uns also breit gefasst. Sicherheit hat nicht nur eine militärische und polizeiliche, sondern auch eine politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische und kulturelle Dimension.

Diese Dimensionen von Sicherheit auch in und für die Politik aufzugreifen, ist eine der zentralen Aufgaben moderner Politik.

Solidarität

Solidarität ist ein Gebot der Nächstenliebe und entspricht der sozialen Natur des Menschen. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln. Unsere Solidarität muss vor allem jenen Mitmenschen gelten, die noch nicht, nicht mehr oder dauerhaft nicht für sich selbst die Grundlagen eines freien Lebens schaffen können.

Solidarität verpflichtet uns auch gegenüber künftigen Generationen. Ohne die Solidarität zwischen den Generationen gibt es keine Generationengerechtigkeit. Alle politischen Entscheidungen müssen sich an

dem Gebot der Generationengerechtigkeit orientieren. Aus diesem Grund richtet die ÖVP ihr politisches Handeln an den Zukunftschancen für kommende Generationen aus. Den nachkommenden Generationen muss es möglich sein, in einer menschenwürdigen und gesunden Umwelt leben zu können. Die ÖVP will die Handlungschancen künftiger Generationen mehren und nicht schmälern. Daher muss jedes politische Handeln in der Gegenwart an seinen positiven und negativen Konsequenzen für die kommenden Generationen gemessen werden, ebenso wie die Wahrnehmung konkreter Verantwortung für sein politisches Handeln wesentlicher Teil der Nachhaltigkeit ist. Aber unsere Solidarität gilt nicht nur der heimischen Jugend, christliche Solidarität denkt global. Österreicher und Europäer dürfen nicht auf Kosten unserer Mitmenschen in anderen Teilen der Welt leben. Die ÖVP setzt sich daher für eine globale Solidarität der Völkergemeinschaft ein. Sie ist die Voraussetzung für die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich und für die Erhaltung der Schöpfung.

Respekt und Toleranz

Die ÖVP bekennt sich zu einer differenzierten, vielfältigen und offenen Gesellschaft. Eine offene Gesellschaft ist durch eine Vielfalt an Auffassungen, Interessen und Gruppen gekennzeichnet. Diese Vielfalt führt zu Gegensätzen und Konflikten. Christdemokraten wollen eine partnerschaftliche Gesellschaft verwirklichen, in der auftretende Konflikte und Interessengegensätze friedlich, im Geist der gegenseitigen Achtung, des gegenseitigen Respekts und der Bereitschaft zum Dialog sowie der gemeinsamen Suche nach Wahrheit und Gerechtigkeit gelöst werden. Eine partnerschaftliche Gesellschaft verfügt daher über einen Grundkonsens an gemeinsamen Werten. Toleranz bedeutet nicht nur die Duldung abweichender Überzeugungen, sondern Respekt vor den Lebenszielen und Intentionen des anderen. Toleranz und Respekt sind somit täglich eingeforderte Haltungen offener Mitmenschlichkeit. Die Bewältigung der Vielfalt in einer modernen Gesellschaft verlangt von den Menschen eine starke kulturelle Identität.

Toleranz und Respekt bedeuten nicht die Selbstrelativierung bzw. Selbstaufgabe, sondern die selbstsichere und bewusste Gewährleistung und Behauptung der eigenen Identität, die zum friedlichen Miteinander der Geschlechter, der Generationen, sowie der verschiedenen kulturellen, religiösen, ethnischen und sozialen Gruppen beiträgt.

Christdemokraten treten für die Verwirklichung von Partnerschaft in allen Lebensbereichen ein – im zwischenmenschlichen Bereich, in Ehe und Familie, im Wirtschafts- und Arbeitsleben, in Politik und Staat und in der Völkergemeinschaft. Eine zentrale Verwirklichung von Partnerschaft erfolgt in der Ehe, in Familien, zwischen Eltern und Kindern. Partnerschaftliche Gesellschaft bedeutet auch, dass die Menschen an den politischen Vorgängen, die ihr Leben bestimmen, teilnehmen, um so ihrer Verantwortung für die Mitmenschen und die staatliche Gemeinschaft gerecht zu werden. Durch die Teilnahme möglichst vieler kann die Demokratie weiterentwickelt werden und Belastungen standhalten. Wesentliche Voraussetzungen für die Teilnahme am demokratischen Prozess sind die möglichst umfassende freie Information über gesellschaftliche Vorgänge sowie die Öffentlichkeit der Entscheidungen.

Leistung

Wer arbeitet, soll mehr verdienen als jene Menschen, die nicht arbeiten. Eine weitere positive Dimension des Leistungsbegriffes besteht darin, dass die Politik dem Einzelnen helfen soll, eine nach seinen Talenten und Fähigkeiten optimale Beschäftigung zu finden. Wer handwerklich begabt ist, soll in diesem Bereich arbeiten. Wer eine soziale Begabung hat, sollte mit Menschen arbeiten. Und wer analytisch talentiert ist, sollte die Möglichkeit haben, in der Wissenschaft zu arbeiten. Nach

christdemokratischer Überzeugung ist es wichtig, dass jeder dort arbeiten soll, wo er seine Begabungen optimal und im Dienste der Allgemeinheit entfalten kann. Der christdemokratische Leistungsbegriff wird allerdings nicht absolut gesehen. Daher wird der Mensch auch nicht nur nach seiner ökonomischen Leistungsfähigkeit beurteilt. Das Leistungsprinzip hat für Christdemokraten daher auch Grenzen: Wer zur Leistung nicht oder nicht mehr fähig ist, hat Anspruch auf Hilfe bzw. muss ihm die Gemeinschaft Hilfe leisten. Niemand darf zu Leistungen gezwungen werden, die seine Kräfte und Möglichkeiten übersteigen. Schließlich entfaltet der Mensch seine Persönlichkeit auch in Lebensphasen der Erholung, des Kunstgenusses und der Lebensfreude sowie bei Sport und Spiel.

4. Unser Wirtschaftsmodell – Die (Öko-)Soziale Marktwirtschaft

Die Wirtschaft hat den Menschen zu dienen. Das erfolgreichste Wirtschaftsmodell seit dem Zweiten Weltkrieg ist die (Öko-)Soziale Marktwirtschaft. Nur einer Sozialen Marktwirtschaft kann es gelingen, Wohlstand für alle Bürger zu verwirklichen.

Der CDU-Politiker Ludwig Erhard gilt als der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft. In seiner programmatischen Schrift „Wohlstand für Alle“ trat der deutsche Politiker für ein Wirtschaftsmodell ein, das auf Basis einer marktwirtschaftlichen Ordnung zur Überwindung der Armut und einer allgemeinen Wohlstandssteigerung führt. Erhard fasst Ökonomie gewissermaßen als Friedensprojekt auf, da sie in einer neuen Gesellschaftsordnung münden soll, in der die wirtschaftliche und persönliche Freiheit des Einzelnen an oberster Stelle stehen. Eine nach diesen Prinzipien gestaltete Wirtschaftspolitik leistete einen „wertvollen Beitrag zu der Demokratisierung Westdeutschlands“ und schloss „eine Erweiterung des Katalogs der traditionellen menschlichen Grundfreiheiten ein.“

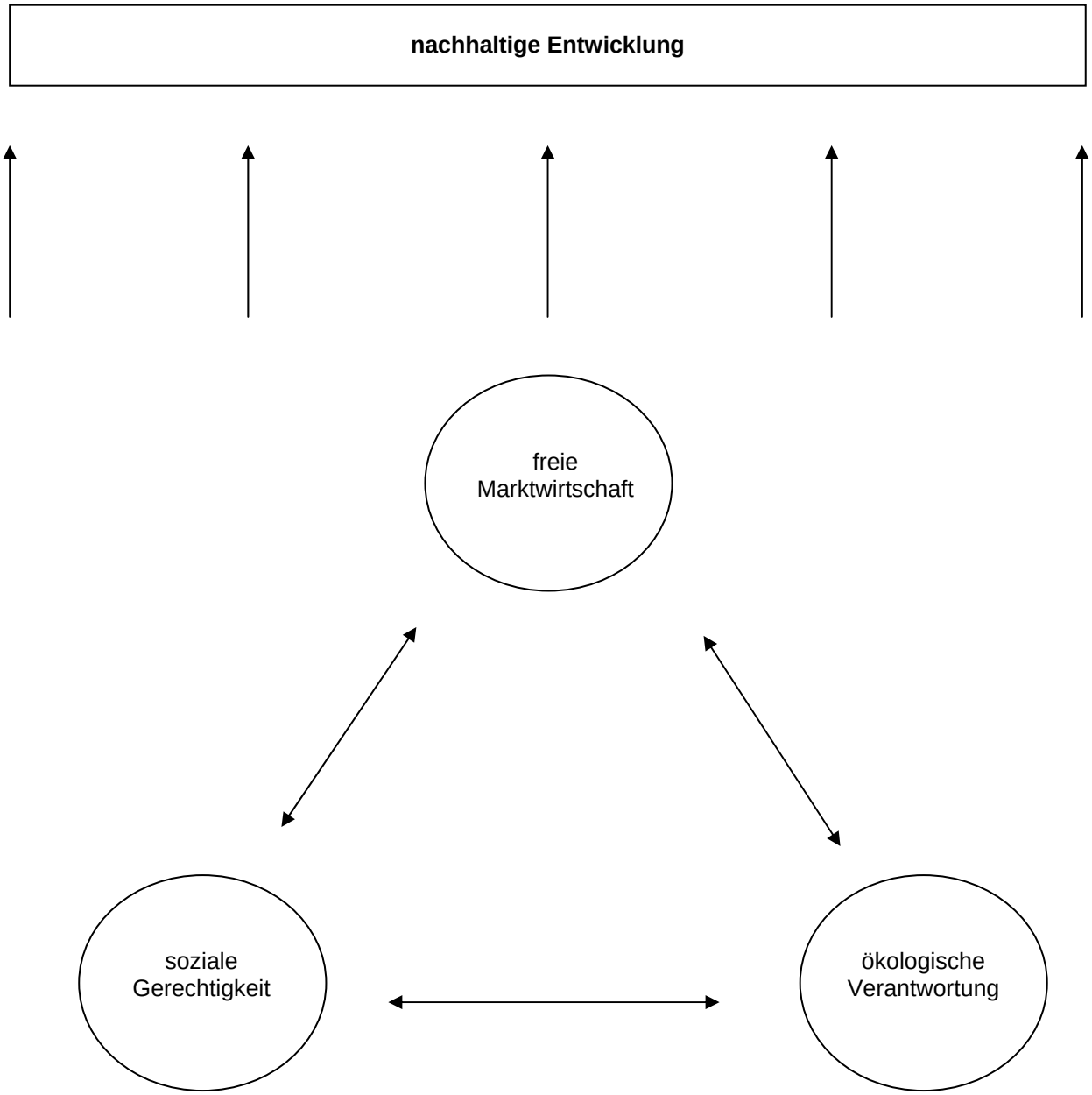
Die Rolle des Staates ist im Modell der Sozialen Marktwirtschaft klar definiert. Ihm kommt die wichtige Aufgabe zu, den freien Wettbewerb durch eine entsprechende Kartellgesetzgebung sicherzustellen. Hierin zeigt sich, dass Erhard im Gegensatz zu den Vertretern des Gedankenguts des „Klassischen Wirtschaftsliberalismus“ nicht auf die Selbstregulierungskräfte des freien Marktes setzt.

Bis in die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war die Soziale Marktwirtschaft in Österreich sehr erfolgreich. Ab Mitte der 1980er Jahre erkannten jedoch die Menschen, dass die rasante Industrialisierung schwere ökologische Schäden mit sich brachte: Saurer Regen, Waldsterben, Gewässerverschmutzung, Feinstaubbelastung, wachsende Müllberge ohne geordnete Abfallwirtschaft und ähnliche Probleme bewirkten einen Nachdenkprozess. Die Soziale Marktwirtschaft musste jetzt um einen ökologischen Aspekt ergänzt werden.

1987 gilt schließlich als das Geburtsjahr der Ökosozialen Marktwirtschaft in Österreich. Im „Manifest für eine Ökosoziale Agrarpolitik in Österreich“ formulierte der damalige Landwirtschaftsminister und spätere Vizekanzler Josef Riegler erstmals die Ziele der Ökosozialen Marktwirtschaft. Nach seiner Wahl zum Bundesparteiobmann wurde 1989 das sogenannte Riegler-Modell, die „Ökosoziale Marktwirtschaft“, beim Zukunftsparteitag der ÖVP in Graz beschlossen. Es handelt sich dabei um ein Drei-Komponenten-Modell, dessen Prinzipien der ökologischen Verantwortung und sozialen Gerechtigkeit unter der Bedingung einer freien Marktwirtschaft zu einer nachhaltigen Entwicklung führen sollen. Die Ökosoziale Marktwirtschaft beinhaltet als grundlegende Ziele der Marktwirtschaft die soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. An erster Stelle steht dabei die Erkenntnis, dass es ohne die Marktwirtschaft keinen Sozialstaat und ohne den Sozialstaat keine soziale Gerechtigkeit gibt. Eine völlig freie Marktwirtschaft basierend auf den Ideen des Liberalismus kennt kaum Einschränkungen, was die Nutzung begrenzter Ressourcen (Erdöl, Erdgas, ...) betrifft. Doch braucht die Marktwirtschaft Spielregeln und Einschränkungen, die neben dem Verhältnis der Menschen im Arbeitsprozess zueinander (Arbeitnehmer – Arbeitgeber, Mitarbeiterverantwortung) auch das Verhältnis der Menschen zu ihrem Lebensraum regelt. „Nachhaltiges Wirtschaften“ bedeutet, dass die jetzt lebenden und wirtschaftenden Menschen die Erde so nutzen sollen, dass die nachfolgenden Generationen ebenfalls den Lebensraum nutzen können. Aus der Forstwirtschaft kennen wir das Prinzip: Es soll nur so viel aus dem Boden entnommen werden, wie auch wieder dem Boden zurückgegeben wird. Wirtschaftlich gedacht heißt Nachhaltigkeit, dass die Menschen von den Zinsen des Kapitals leben und nicht das Kapital vernichten, sondern erhalten sollen. Nachhaltige Wirtschaftspolitik heißt, solide mit den Staatsfinanzen hauszuhalten und generationengerechte Budgets zu erstellen. Die Ökosoziale

Marktwirtschaft ist demnach die um den Aspekt der Nachhaltigkeit erweiterte Soziale Marktwirtschaft. Ökosoziale Marktwirtschaft steht für eine Balance von ökologischer, sozialer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Ökosoziale Wirtschaftspolitik ist zukunftsfähig, d. h. verantwortungsvoll gegenüber den nächsten Generationen. Weltweit alle Menschen und auch künftige Generationen haben das Recht auf ein gutes Leben in einer intakten Umwelt.

Grundlagen der Ökosozialen Marktwirtschaft



Die Ökosoziale Marktwirtschaft zielt auf eine nachhaltige Gesellschaft, die im jeweiligen kulturellen Kontext dreifach zukunftsfähig agiert: ökologisch, sozial und ökonomisch. In diesem Sinne steht sie auch im Einklang mit dem Artikel 3 (3) des Vertrages von Lissabon.

Ausgehend vom Leitgedanken "Lebensqualität für alle – heute und morgen" hat das Ökosoziale Forum in seinem aktuellen Programm der Ökosozialen Marktwirtschaft, das im Dezember 2009 präsentiert wurde, konkrete Maßnahmen in zehn Handlungsfeldern erarbeitet. Der Fokus der Vorschläge liegt auf der österreichischen Politik und ihren Handlungsmöglichkeiten auf europäischer und internationaler Ebene. Das gesamte Papier kann kostenlos unter *http://www.oekosozial.at/index.php?id=13516* heruntergeladen werden.

? **Inwiefern sichert die Soziale Marktwirtschaft den Sozialstaat?**

? **Wie heißt der Gründervater der Sozialen Marktwirtschaft?**

Aus der Ökosozialen Marktwirtschaft ergeben sich daher eine Reihe ethischer Grundprinzipien:

- Die wirtschaftliche Freiheit ist nur ein Element der menschlichen Freiheit; sie kann sich nicht für autonom erklären.
- Der Mensch ist mehr als Produzent oder Konsument von Gütern.
- Eigentum schafft Verantwortung (zur persönlichen tritt auch hier die soziale Dimension); Vorrang der Arbeit vor anderen Faktoren des wirtschaftlichen Lebens; Kapital ist wichtig, aber kein Selbstzweck.
- Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit (sie ist nicht nur materiell definiert). Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.
- Es besteht Pflicht zur und Recht auf Arbeit.
- Prinzip der Lohngerechtigkeit: Der gerechte Lohn ist nicht zu niedrig und nicht zu hoch.
- Sozialpartnerschaft (partnerschaftlicher Interessenausgleich)
- Positive Rolle des Unternehmers: Eine Wirtschaft, die Privateigentum bejaht und die Freiheit der Arbeit anerkennt, braucht Initiativen, die beide zum Produktionsprozess zusammenführt. Privateigentum ist der wichtigste Weg zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Es gründet sich aber auf Gemeinwohl und Eigenverantwortung; dies schließt den Schutz der natürlichen Ressourcen und den Schutz vor Ausbeutung mit ein.
- Bekenntnis zu Markt und Marktwirtschaft, weil sie der menschlichen Freiheit entsprechen. Sie allein garantieren aber noch nicht das Wohl aller Menschen („Das Gemeinwohl steht über dem Markt"). Der Markt ist bedroht von Macht und Fehlentwicklungen.

5. Geschichte und Struktur der ÖVP

Die am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift von Leopold Figl, Felix Hurdes, Leopold Kunschak, Hans Pernter, Julius Raab und Lois Weinberger gegründete Österreichische Volkspartei (ÖVP) koppelte sich programmatisch bewusst von der Christlichsozialen Partei der Ersten Republik ab und bekannte sich zu einer klaren Trennung von Partei und Kirche. Schon bei ihrer Gründung verstand sich die ÖVP als breite bürgerliche Sammelbewegung, die vor allem die politischen Ansätze der christlichen Soziallehre, des Konservatismus und des Liberalismus in sich vereinte. Der soziodemografische Fokus auf Gewerbe, Angestellte, Bauern und Beamte spiegelte sich auch in der Parteistruktur mit sechs Bünden wider. Ziel war es, zur Sammelpartei aller Nichtmarxisten und Nichtsozialisten zu werden. Männer, Frauen, Christen, Selbstständige, Arbeitnehmer, Landwirte, Jugendliche, Senioren und Industrielle fanden und finden heute noch in der ÖVP ihre politische Heimat. Der Begriff Volkspartei ist nicht völkisch gemeint, sondern bringt zum Ausdruck, dass die Politik der ÖVP die Interessen und Anliegen aller Alters- und Berufsgruppen abdecken will.

a) Entwicklung der Programmatik

- 1945 „Programmatische Leitsätze“: Bekenntnis zu Österreich; Integration aller Schichten und Stände; christdemokratische Akzentuierung ohne Bindung an die Kirche.

- 1952 „Alles für Österreich“: Betonung des „Solidarismus“ in Abgrenzung zu Kollektivismus und Individualismus; Soziale Marktwirtschaft; breite Vermögensstreuung, etwa durch Wohnungseigentum („Entproletarisierung der Nichtbesitzenden“ statt „Verproletarisierung der Besitzenden“).

- 1958 „Was wir wollen“: Festschreibung des marktwirtschaftlichen Raab-Kamitz-Kurses; Wirtschaftswachstum als zentrale Zukunftsperspektive; Abwehr der Bedrohung des Menschen durch die „wachsende Macht des Staates“; Eintreten für ein „europäisches Engagement“.

- 1965 „Klagenfurter Manifest“: Bekenntnis zu einem „christlichen, familienhaften Menschen- und Gesellschaftsbild“ und zur christlichen Soziallehre; wiederholt im Wesentlichen die Positionen von 1958.

- 1972 „Salzburger Programm“: Reaktion auf 1968, Auseinandersetzung mit gestiegenem Wunsch nach politischer Mitbestimmung; Definition als „Partei der fortschrittlichen Mitte“; Ableitung des Gestaltungswillens „aus einem christlich begründeten Verständnis von Mensch und Gesellschaft“; sechs Werte: Freiheit, Gleichheit, Leistung, Partnerschaft, Aufgabenteilung und Partizipation; Programmprozess begleitet von breiter, intensiver Diskussion, Publikationen usw.

- 1989 „Ökosoziale Marktwirtschaft“: Begrenztheit der natürlichen Ressourcen, Einbeziehung des Faktors Umwelt in die Soziale Marktwirtschaft durch Bewertung der Umweltkosten.

- 1995 „Wiener Programm“: wesentliche gesellschaftliche und politische Veränderungen – z. B. geänderte innenpolitische Landschaft, Fall des Eisernen Vorhangs 1989, Umweltprobleme, Grenzen der Finanzierbarkeit von Sozial- und Gesundheitssystemen, Veränderung des

- familiären Zusammenlebens, Migration, „Alterung“ der Gesellschaft, Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, Informationsgesellschaft, EU-Beitritt, Abnahme der „belastbaren Solidarität“ in der Gesellschaft.

c) Struktur und Organisation

Ziel der Österreichischen Volkspartei war und ist die politische Repräsentanz und Vertretung ALLER österreichischen Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund betont die „Volkspartei“ in ihrem Namen nicht etwa eine ideologische Ausrichtung (wie die Sozialdemokratische Partei Österreichs) oder einen politischen Grundwert (wie die Freiheitliche Partei Österreichs), sondern stellt den Menschen und die Gemeinschaft in den Vordergrund. Für die Organisation und Struktur einer Partei ist die ausgewogene Berücksichtigung der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger eine große Herausforderung. Immer dann, wenn man für die Interessen einer bestimmten Gruppe, sei es territorial (Bundesländer, Gemeinden, Ortsgruppen) oder funktional (Arbeitgeber, Arbeiter, Angestellte, Beamte), eintritt, kann sich eine andere übervorteilt fühlen. Um diesen Spagat zwischen der Vertretung aller Bürgerinnen und Bürger und dem Interessenausgleich unterschiedlicher Gruppierungen zu schaffen, hat die ÖVP eine Organisationsstruktur, wie sie in Österreich und den meisten anderen Demokratien einzigartig ist: die funktionale Organisation nach Bünden. Die ÖVP ist eine mittelbare Partei. Das bedeutet, dass die Mitgliedschaft bei der ÖVP hauptsächlich durch die Mitgliedschaft bei einem der Bünde erworben wird. Derzeit hat die ÖVP insgesamt rund 700.000 Mitglieder. Zum Vergleich: Die SPÖ hat derzeit rund 300.000, die FPÖ 40.000, das BZÖ rund 10.000 und die Grünen haben 4.600 Mitglieder. Die Zahl der Mitglieder der ÖVP ist zu den aufsummierten Zahlen der Bünde unterschiedlich, weil einige bei zwei oder mehr Teilorganisationen Mitglieder sind.

d) Föderale Organisation

Entsprechend der inhaltlichen Gliederung durch die Bünde spiegelt sich in der ÖVP auch die föderale Struktur Österreichs wider. In der Bundespolitik vertritt die Bundes-ÖVP die Interessen ihrer Mitglieder. Auf der Ebene der Bundesländer vertreten die neun Landesparteiorganisationen die Ideen der ÖVP. Bezirks-, Gemeinde- und Ortsparteiorganisationen kümmern sich um die Anliegen jeder Bürgerin und jedes Bürgers vor Ort.

Die Bünde der ÖVP

Die drei ältesten Bünde sind der Österreichische Bauernbund, der Österreichische Wirtschaftsbund und der Österreichische Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmerbund. Diese drei Bünde wurden 1945 gegründet, haben aber zum Teil eine Geschichte, die bis weit vor ihre Gründung zurückreicht. Die drei weiteren Teilorganisationen der ÖVP sind die Österreichische Frauenbewegung (ÖFB), die Junge Österreichische Volkspartei (JVP) und der Österreichische Seniorenbund (ÖSB).Alle drei wurden in den 1970er Jahren von „Spezialorganisationen“ und Zweckverbänden zu gleichberechtigten Teilorganisationen. Die Bünde bilden die politische DNA der ÖVP, da es ihr Anspruch ist, sämtliche Bürger Österreichs politisch zu vertreten.

Bauernbund

Die Vorgängerorganisationen des Österreichischen Bauernbundes gehen schon auf den Beginn der Ersten Republik zurück. So entstand 1919 der Österreichische Reichsbauernbund aus verschiedenen Vorläuferorganisationen wie dem 1899 gegründeten Katholisch-konservativen Verein in der Steiermark. In der gegenwärtigen Form besteht der Bauernbund seit der Neugründung der ÖVP im Jahr 1945.Heute hat der Bauernbund etwa 300.000 Mitglieder. Wichtige Vertreter des Bauernbundes waren und sind: Leopold Figl, Josef Klaus, Karl Schleinzer, Josef Riegler, Wilhelm Molterer und Josef Pröll. Ein prominentes Mitglied des Bauernbundes in der derzeitigen Bundesregierung ist Landwirtschafts- und Umweltminister Nikolaus Berlakovich. Der Obmann des Österreichischen Bauernbundes ist seit 2011 Jakob Auer.

Wirtschaftsbund

Der Österreichische Wirtschaftsbund wurde am 8.Mai 1945 gegründet. Erster Obmann war Julius Raab. Der Wirtschaftsbund versteht sich als Interessenvertretung der Unternehmer, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen (sogenannte KMUs).Zur Wirtschaftskammer, wo der Österreichische Wirtschaftsbund in allen Bundesländern die Mehrheit stellt, bestehen enge personelle Verbindungen. Herausragende Proponenten des Österreichischen Wirtschaftsbundes waren und sind: Julius Raab, Erhard Busek und Wolfgang Schüssel. Reinhold Mitterlehner, Bundesminister für Wirtschaft, Familie und Jugend, Klubobmann Karlheinz Kopf und Finanzministerin Maria Fekter sind weitere aktive und prominente Wirtschaftsbundmitglieder. Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl ist aktueller Obmann des Wirtschaftsbundes.

ÖAAB

Der Österreichische Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmerbund (früher: Arbeiter- und Angestelltenbund) hat, wie der Bauernbund, eine Geschichte, die bis in das 19. Jahrhundert zurückreicht. So gründete Leopold Kunschak den ersten christlich-sozialen Arbeiterverein bereits 1892. Der ÖAAB vertritt die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Derzeit hat der ÖAAB rund 200.000 Mitglieder. Bekannte Vertreter des ÖAAB waren und sind: Leopold Kunschak, Josef Taus und Alois Mock. Prominentes Mitglied des ÖAAB ist außerdem Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger. Die Bundesobfrau des ÖAAB ist Innenministerin Johanna Mikl-Leitner.

Seniorenbund

Der Seniorenbund versteht sich als gemeinnützige Interessenvertretung der älteren Generation. Er ist mit über 300.000 Mitgliedern und etwa 2.000 Bezirks- und Ortsgruppen einer der größten Bünde der ÖVP. Bekannte Vertreter des Österreichischen Seniorenbundes waren und sind: Hermann Withalm oder der aktuelle Bundesobmann des Seniorenbundes, Andreas Khol.

Junge ÖVP

Die Junge Volkspartei ist die politische Jugendorganisation der ÖVP. Die Junge ÖVP hat rund 100.000 Mitglieder. Sie vertritt die Interessen junger Menschen bis zu einem Alter von 35 Jahren. Derzeitiger Bundesobmann ist Integrationsstaatsekretär Sebastian Kurz.

ÖVP Frauen

Die Österreichische Frauenbewegung definiert ihre Aufgabe in der Aktivierung politischen Interesses der Frauen in Österreich. Sie vertritt die Interessen und politischen Forderungen der ÖVP Frauen in der Öffentlichkeit und wirkt an dortigen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen mit. Bundesleiterin der ÖFB ist Dorothea Schittenhelm, die seit März 2007 zudem Abgeordnete zum Nationalrat ist.

? **Aus wie vielen Bünden besteht die ÖVP?**

e) Mitglied der Europäischen Volkspartei

Die 1976 gegründete Europäische Volkspartei (EVP) ist eine politische Partei auf europäischer Ebene, die sich aus christlich-demokratischen und konservativ-bürgerlichen Mitgliederparteien der gesamten Europäischen Union zusammensetzt. Die EVP hat sich während der letzten 30 Jahre in ihrem Selbstverständnis von einer christlich-demokratischen europäischen Partei zu einer mitte-rechts stehenden Sammelpartei entwickelt. Das 1992 in Athen verabschiedete (und bis heute gültige) Grundsatzprogramm der EVP steht klar in der christlich-demokratischen Tradition. Die EVP folgt dem Leitbild einer „Union der Werte“ und ist dem europäischen Erbe verbunden, welches sich aus jüdischen, christlichen, aufklärerischen, aber auch modernen Versatzstücken zusammensetzt. Die EVP stellt zurzeit 14 Regierungschefs in EU-Mitgliedstaaten sowie sechs in Nicht-EU-Mitgliedstaaten, 13 Mitglieder der Europäischen Kommission (einschließlich dem Kommissionspräsidenten), den Präsidenten des Europäischen Rates und ist mit 265 Mitgliedern die größte Fraktion im Europäischen Parlament. Mittlerweile sind 73 Parteien aus 39 Ländern Mitglieder der EVP, darunter auch die ÖVP, die französische UMP, die deutsche CDU und die CSU sowie der spanische Partido Popular. Die Mitgliedschaft ist gestaffelt in Vollmitglieder, assoziierte Mitglieder und Parteien mit Beobachterstatus. Vollmitglieder stammen aus EU-Mitgliedstaaten. Assoziierte Mitglieder stammen aus EFTA-Staaten oder EU-Beitrittskandidatenstaaten und beteiligen sich nicht an Abstimmungen zu EU-Fragen. Parteien mit Beobachterstatus stammen meist aus Mitgliedstaaten des Europarats und nehmen an den EVP-Treffen ohne Stimmrecht teil. Durch diese Heterogenität kann die EVP aufgrund ihrer gewachsenen ideologischen Breite auf eine Vielzahl unterschiedlicher intellektueller und politischer Traditionen zurückgreifen und deren Impulse für eine neue Politik nutzbar machen.

e) Verhaltenskodex der Österreichischen Volkspartei

Präambel

Die moderne rechtsstaatliche Demokratie ist in Staat und Gesellschaft auf die Parteien angewiesen. Die Qualität der Demokratie hängt eng mit der Qualität ihrer Parteien zusammen. Da die Demokratie Parteien braucht, sollen die Parteien beharrlich erneuert werden. Kennzeichen der neueren Entwicklung ist die Zunahme des Rufes nach Öffentlichkeit und Verantwortung.

Mit dem Zerfall überlieferter Selbstverständlichkeiten werden Alltagsmoral und politische Moral, die durchaus zusammengehören, zum knappen Gut. Pflichtenethik muss in der großen europäischen Tradition Tag für Tag neu erarbeitet und neu praktiziert werden, sie geht über die strikt einzuhaltende Rechtsordnung hinaus. Verantwortung ist einerseits die moralische Beurteilung des eigenen Handelns

und die Entscheidung, diese Beurteilung zur Verhaltens-Richtschnur zu machen sowie andererseits die Geltendmachung dieser Verantwortung durch Institutionen der Kontrolle.

Ein Verhaltenskodex schärft die Pflichten der politischen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger und ist damit eine Stütze der Demokratie und des Rechtsstaats. Der Verhaltenskodex ist eine wichtige Informationsquelle für gute Praxis und unterstützt öffentliche Funktionsträger in ihrer Arbeit. So verbessert sich der faire Wettbewerb der Parteien.

Im Bemühen, verloren gegangenes Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Politik zurückzugewinnen, hat die ÖVP zusätzlich zu vorhandenen gesetzlichen und statutarischen Regelungen für ihre Funktionsträgerinnen und Funktionsträger folgenden Verhaltenskodex beschlossen, der die Arbeit der Politikerinnen und Politiker mit notwendigen Standards als Leitlinie begleiten soll und so auch die Wahrung der von der ÖVP vorausgesetzten Standards gewährleistet, begleitet vom Respekt vor den Bürgern, anderen Parteien und den Mitarbeitern.

Wer öffentliche Aufgaben wahrnimmt, hat eine Vorbildfunktion, er verkörpert die Sichtbarkeit eines guten politischen Verhaltens und steigert damit das Vertrauen in Staat und Politik. Daher ist für politische Funktionsträgerinnen und Funktionsträger ein strenger Maßstab nicht nur bei der Wahrnehmung der öffentlichen Aufgaben, sondern auch im allgemeinen Verhalten notwendig. Der Großteil der Menschen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, ist anständig und um gute Arbeit bemüht.

Als Hilfestellung bei der praktischen Auslegung des Verhaltenskodex und bei der Durchführung eines Verfahrens zur allfälligen Sanktionsverhängung wurde ein Ethikrat eingeführt.

Die leitenden Grundsätze eines Verhaltenskodex sind Anstand und Takt, die im Folgenden zu konkretisieren sind:

Politische Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der ÖVP müssen Format haben und Format geben. Sie sollen eine solide berufliche Grundlage haben, um nicht von der angestrebten politischen Funktion abhängig zu sein. Es geht stets auch um die Förderung neuer Kräfte. Entscheidend ist eine gelungene Kandidatenauswahl. Hierfür soll der Verhaltenskodex eine Vorwirkung entfalten, ebenso eine Nachwirkung für die Arbeit nach Beendigung einer Funktion.

Die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben soll folgenden Standards genügen:

- Integrität und Anstand, Fairness und Transparenz
- Verantwortungsbewusstsein und Hilfsbereitschaft
- Bereitschaft zum Suchen und Lernen zwecks Problemlösung, Pflichtbewusstsein und Fähigkeit zur Selbstkritik
- Nüchternheit, Entscheidungsstärke und Bereitschaft, sich in andere hineinzudenken
- Tatkraft, Ausdauer und Belastbarkeit
- Energie/Fleiß, Sachkunde und Konfliktfähigkeit

- Weitblick sowie Kraft der Abwägung und des Ausgleichs unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes über den eigenen Interessensstandpunkt hinaus

- Rechtzeitige Folgenabschätzung sowie die Fähigkeit, Druck standzuhalten und durch kluges Verhandeln, Kompromisse zu erzielen

Integrität ist ein zentraler Wert dieses Verhaltenskodex. Sie bedeutet nicht nur korrekte Erfüllung der öffentlichen Aufgaben, sondern ein allgemeines Verhalten, das der Vorbildfunktion gerecht wird, Handschlagqualität, Zuverlässigkeit bei Zusagen (Versprechen) und Vertragstreue sowie eine strenge Trennung von öffentlichen Aufgaben und privatem Erwerb. Die Beachtung von Gesetzen soll in vorbildlicher Weise gegeben sein.

Allgemeininteresse geht stets vor Gruppen(Einzel)interesse. Interventionen oder Protektionismus mit dem Ziel einer gewollten Ungleichbehandlung bzw. unsachgemäßen Entscheidung sind strikt abzulehnen.

Wer ein Mandat, ein Amt oder eine Funktion ausübt, soll den Menschen zugewandt sein und Respekt für alle Bürger zum Ausdruck bringen. Diskriminierende Haltungen oder Äußerungen sind inakzeptabel. Jede Benachteiligung auf Grund des Geschlechtes, des Alters, einer Behinderung, der Hautfarbe, der Religionszugehörigkeit, der sexuellen Orientierung oder der persönlichen Weltanschauung ist zu vermeiden. Die Würde, die Privatsphäre und die Persönlichkeitsrechte jedes Einzelnen sind zu respektieren.

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sollen für alle Bürger ansprechbar sein und sich um Bürgeranliegen kümmern, aber auch die notwendige Distanz wahren, um Abhängigkeit und den Eindruck von Abhängigkeit zu vermeiden. Sie sollen Hausverstand und Augenmaß haben und nachhaltig und langfristig orientiert handeln. Dies gilt auch und besonders für den sparsamen Umgang mit öffentlichen Mitteln. Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sollen über Gestaltungskompetenz verfügen und sich engagiert um die Umsetzung von Lösungen bemühen.

ÖVP-Mandatarinnen und -Mandatare nehmen ihre parlamentarischen Pflichten (Mitarbeit im Ausschuss, im Plenum und im Klub, Wahrnehmung der Wahlkreisarbeit, Beachtung, dass sie als Vertreterin oder Vertreter einer großen Zahl von Wählerinnen und Wählern auftreten, vorbildliches Verhalten in den parlamentarischen Gremien usw.) besonders ernst.

Geltungsbereich

Die Verhaltensregeln gelten für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger, das sind sämtliche Amtsträgerinnen/Amtsträger und Mandatarinnen/Mandatare in Bund, Ländern und Gemeinden, die auf Listen der ÖVP vorgeschlagen oder gewählt bzw. auf Vorschlag der ÖVP bestellt werden sowie leitende, hauptberuflich tätige Funktionärinnen und Funktionäre der Bundespartei und der Landesparteien.

Unabhängigkeit

Unabhängigkeit – keine Vorteilsannahme

Wer öffentliche Aufgaben wahrnimmt, soll fest in der Gesellschaft und im Berufsleben verankert sein. Aus dieser erwünschten Erfahrung und Verankerung im Beruf kann sich ein Spannungsverhältnis zur notwendigen Unabhängigkeit ergeben, das Offenheit und Transparenz verlangt.

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sichern ihre Unabhängigkeit und vermeiden mögliche Interessenkonflikte auch dadurch, dass sie Geschenke und geldwerte Vorteile ablehnen, die ihre Unabhängigkeit und Integrität beeinflussen oder dahingehend aufgefasst werden können. Daher gilt unabhängig von einem Zusammenhang mit konkreten Amtshandlungen, Abstimmungen, Anträgen etc. für Amtsträgerinnen/Amtsträger und Mandatarinnen/Mandatare, dass nur Geschenke geringfügigen Ausmaßes angenommen werden dürfen.

Anlassbezogene Geschenke (z. B. zum 50.Geburtstag) können auch über die Geringfügigkeitsgrenze hinaus angenommen werden, wenn eine Beeinflussung in der Amts- oder Funktionsausübung wie auch der Eindruck einer Beeinflussung ausgeschlossen ist.

Veranstaltungsbesuche im Rahmen von Repräsentationsaufgaben und Dienstpflichten gelten nicht als Annahme eines unrechtmäßigen Vorteils. Amtsträgerinnen/Amtsträger und Mandatarinnen/Mandatare können und sollen im Zeichen der österreichischen Gastlichkeit und ihrer Bürgernähe auch darüber hinaus Einladungen zu gesellschaftlichen Anlässen annehmen. Dabei sind jedoch die Geschenkannahmeregelungen einzuhalten.

Für uns ist es selbstverständlich, dass im Rahmen der Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe Amtsträgerinnen/Amtsträger und Mandatarinnen/Mandatare keinerlei ihre Entscheidungs- bzw. Abstimmungsfreiheit beeinträchtigende Vereinbarung eingehen, im Interesse einer (juristischen oder natürlichen) Person zu handeln oder abzustimmen bzw. zu entscheiden. Amtsträgerinnen/Amtsträger und Mandatarinnen/Mandatare verlangen keinen unmittelbaren oder mittelbaren finanziellen Nutzen oder eine sonstige Vergünstigung als Gegenleistung für eine Einflussnahme oder eine Abstimmung über Rechtsakte oder Entschließungsanträge, schriftliche Erklärungen oder Anfragen oder sonstige Amtshandlungen, noch nehmen sie eine solche Vergünstigung an.

Es wird neben rechtlich geregelten Bezügen und Kostenersätzen keinerlei unmittelbarer oder mittelbarer finanzieller Nutzen oder sonstige Zuwendung angenommen oder gar gefordert.

Inanspruchnahme von öffentlichen Ressourcen

Bei der Inanspruchnahme öffentlicher Ressourcen wird ein strenger Maßstab der Bindung an die öffentliche Aufgabe und strikte Trennung von privatem Nutzen sowie der Sparsamkeit angelegt. Dies gilt besonders für Reisen (Notwendigkeit, Dauer, Begleitung durch Familienmitglieder, Teilnahme an Rahmenprogrammen) und die Verwendung zur Verfügung stehender Dienstfahrzeuge.

Vergünstigungen, Rabatte

Unbedenklich sind Vergünstigungen und Rabatte, die „jedermann“ beim Einkauf gewährt werden (z. B. Mengenrabatte).Je kleiner die begünstigte Personengruppe wird, desto kritischer ist die Inanspruchnahme zu beurteilen. Individuelle, persönliche Begünstigungen sind strikt abzulehnen.

Sponsoring

Leistung und Gegenleistung sind zu dokumentieren. Die Gegenleistung muss angemessen sein.

Inserate

Inserate für Parteimedien sind grundsätzlich zulässig. Sie sind zu dokumentieren und das Verhältnis zwischen Inseratenpreis und Werbewirksamkeit muss angemessen sein. Druckkostenbeiträge sind exakt zu dokumentieren.

Bürgerservice-Intervention

Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sind für alle Bürger ansprechbar. Sie kümmern sich um Bürgeranliegen und bemühen sich um Lösungen. Dabei ist darauf zu achten, dass es nicht zu unzulässiger Einflussnahme, inhaltlicher oder zeitlicher Bevorzugung insbesondere gegenüber Dritten kommt.

Parteispenden

Bestehen bei der Annahme von Spenden rechtliche Zweifel, ist entsprechender Rat bei der jeweiligen Landespartei oder der Bundespartei einzuholen.

Verfahren und Sanktionen

Institutionelle Vorkehrungen

Als institutionelle Vorschläge für die Erhöhung des politischen Standards dienen:

1) In ihrer Politischen Akademie wird die ÖVP ein ständiges Ethik-Seminar einrichten, das über die Absolvierung ein Zertifikat ausstellt und damit einer modernen Funktion der Schulung und Beratung dient. Neue Mandatarinnen und Mandatare werden im Rahmen der Einführung in die parlamentarische Arbeit auch zu ethischen Fragen beraten.

2) Klubtagungen auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene oder in Teilorganisationen sollen in ihrer Tagesordnung in regelmäßigen Abständen Fragen der Ethik und dieses Kodizes thematisieren.

3) Der Ausbau öffentlicher Kontrollen macht interne Revision keineswegs überflüssig. Sie unterstützt die leitenden Parteiorgane in ihrer Kontrollfunktion im Rahmen ihrer Steuerungsaufgabe und erfüllt dabei eine Vertrauens-, Präventiv- und Informationsfunktion.

Verfahren und Sanktionen

Der Bundesparteivorstand setzt einen Ethikrat ein und bestellt fünf Mitglieder und fünf Ersatzmitglieder für die Dauer von drei Jahren. Der Ethikrat gibt sich eine Geschäftsordnung und wählt die Vorsitzende/den Vorsitzenden aus seiner eigenen Mitte, wobei eine unmittelbar aufeinanderfolgende Wiederwahl der/des Vorsitzenden nicht zulässig ist.

Dem Ethikrat kommen insbesondere folgende Aufgaben zu:

- Interpretation des Verhaltenskodex
- Individuelle Beratung von Amtsträgerinnen/Amtsträger und Mandatarinnen/Mandatare sowie politischen Funktionären und Parteiangestellten im Hinblick auf die Vereinbarkeit des Verhaltens mit diesem Kodex.

Bei Verdacht eines Verstoßes gegen den Verhaltenskodex wird der Ethikrat aufgrund eines Auftrags des Parteiobmanns/der Parteiobfrau oder von Amts wegen (unter Verständigung des Parteiobmanns/der Parteiobfrau) tätig. Ein Mitglied des Ethikrates wird mit der Untersuchung beauftragt, wobei die oder der Betroffene anzuhören ist.

Der Ethikrat trifft nach Abschluss des Verfahrens eine Feststellung, dass der Verhaltenskodex eingehalten oder verletzt wurde und schlägt gegebenenfalls dem jeweils statutarisch zuständigen Parteigremium die Ergreifung von geeigneten Maßnahmen und Sanktionen (bis hin zum Parteiausschluss) vor.

Der Ethikrat erstattet dem Parteivorstand jährlich einen Bericht über die Anwendung dieses Verhaltenskodex.

6. Parteien in Österreich

a) Die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

Geschichte

Der erste Parteitag der Sozialdemokraten fand 1874 in der burgenländischen Gemeinde Neudörfl, ehemals Ungarn, statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich allerdings noch nicht alle Strömungen der Arbeiterbewegung zur Partei bekannt. Erst 1888/89 konnte Viktor Adler auf dem Hainfelder Parteitag eine Einigung erreichen, wo er die Partei nach marxistischem Vorbild prägte. Eine wichtige Funktion kam der sozialdemokratischen Presse zu, vor allem der „Arbeiterzeitung".Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges trat die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, vor allem in der Person Otto Bauers, für den Anschluss an Deutschland ein. An der Regierung beteiligte sich die SDAP in der Zwischenkriegszeit bis Juni 1920, dann war sie bis März 1933 in der Opposition. Während dieser Oppositionszeit auf Bundesebene hatte die SDAP in Wien und in den meisten großen Städten und Industriegemeinden die Mehrheit und stellte dort die Gemeindeverwaltung. Nach der Niederlage der Sozialdemokraten in den Februarkämpfen 1934 kam es zur völligen Verdrängung aus den politischen Institutionen und dem öffentlichen Leben. Am 14.2.1934 wurde die SDAP verboten, alle ihre Mandate aberkannt und ihre Organisationen aufgelöst.

Am 14.4.1945 wurde die Partei als „Sozialistische Partei Österreichs" von ehemaligen Funktionären aus der Ersten Republik wiedergegründet und konnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs noch im selben Jahr eine gesamtösterreichische Organisation aufbauen. Aufgrund der Erfahrungen in der Ersten Republik, der Bemühungen um den Wiederaufbau sowie der Unabhängigkeit Österreichs und der Ausbreitung des Kommunismus in Osteuropa, forcierte die SPÖ in einer Großen Koalition mit der ÖVP, die Zusammenarbeit mit dem bürgerlichen Lager und unterstützte die 1957 institutionalisierte Sozialpartnerschaft. Nach kurzzeitiger Opposition (1966–70) gelang dem neuen Bundesparteivorsitzenden Bruno Kreisky (ab 1967) eine Öffnung gegenüber bürgerlichen Wählerschichten und die Übernahme der Regierungsverantwortung (Minderheitsregierung 1970–71 mit Unterstützung der Freiheitlichen Partei Österreichs, 1971–83 Alleinregierung mit absoluter Mehrheit). Die Phase der SPÖ-Alleinregierung von 1971 bis 1983 war stark von ideologischer Politik geprägt (Verschuldungspolitik, Milliarden-Spritzen in die verstaatlichte Industrie, gesellschaftspolitische Interventionen usw.). 1970–2000 stellte die SPÖ ohne Unterbrechung den Bundeskanzler (1983–87 Koalitionsregierung mit der FPÖ, 1987–2000 mit der ÖVP) und bis 1986 auch alle Bundespräsidenten der Zweiten Republik. Zudem stellt die SPÖ seit 1945 die Landeshauptleute von Wien und seit 1964 des Burgenlands. Sie nimmt auch heute noch eine dominierende Stellung in vielen Industriegemeinden und mehreren großen Städten ein.

Struktur

Die SPÖ ist eine zentralistisch organisierte Partei, deren Basis die Mitglieder sind (etwa ein Drittel ihrer Wähler). Die Mitgliederzahl sinkt tendenziell (1979: 721.000, 1990: 583.000, 1995: 487.500, 1999: 430.000). In mehr als 3.000 Lokalorganisationen bzw. Sektionen (1998) betreuen zirka 55.000 Funktionäre die Mitglieder. Weitere Ebenen sind Bezirks-, Landes- und Bundesorganisationen. Obwohl

der Mitgliederanteil in Wien längerfristig stärker abgenommen hat als in den anderen Bundesländern, ist Wien nach wie vor mit 30% (1998) aller Mitglieder die wichtigste Landesorganisation.

Programme

- 1926 „Linzer Programm“: geprägt vom Bekenntnis zum Klassenkampf („Befreiungskampf der Arbeiterklasse“, „Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung“); Androhung der Diktatur des Proletariats als Verteidigungsmaßnahme; Enteignung von Großgrundbesitz, Baugelände, Bergbau und Industrie (auch ohne Entschädigung); Anschluss an Deutschland; antiklerikal.

- 1947: Aktionsprogramm

- 1958 „Das Parteiprogramm“: Der Versuch der Distanzierung von marxistischen Inhalten, um der SPÖ auch in agrarisch-industriell gemischten Gebieten bessere Chancen zu eröffnen, gelang nicht; Kompromiss zwischen beiden Parteiflügeln.

- 1978 „Das Neue Parteiprogramm“ (Maiprogramm): nach wie vor Bekenntnis zur „klassenlosen Gesellschaft“; Grundwerte sind Freiheit (defensiv; Freiheit von statt Freiheit zu), Gleichheit (Gleichmacherei), Gerechtigkeit (Umverteilung), Solidarität (als „Waffe im Kampf gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit“); Sozialismus definiert als Aufgabe zur ständigen Gesellschaftsveränderung; permanente Reform mit dem Ziel der Überwindung des Kapitalismus; Betonung des verstaatlichten Sektors.

- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei 1998 („Wir SozialdemokratInnen“): deutliche Abkehr vom noch leicht marxistisch determinierten Programm 1978; Annäherung an die ÖVP-Programmatik (der Verantwortungsgedanke taucht immer wieder auf); Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die menschliche Person frei entfalten kann; Grundwerte sind Freiheit (als sozial verantwortete Selbstbestimmung, vor allem über ökonomische Faktoren und Freiheit von ... definiert), Chancengleichheit (im Gegensatz zur Chancengerechtigkeit des ÖVP-Programms; führt zu Gleichmacherei und Nivellierung), Gerechtigkeit (Ziel: Gesellschaft freier und gleicher Menschen), Solidarität (Verantwortung für die Gemeinschaft); trotz allem kommt das Programm nicht ohne Kampfvokabeln wie „Umverteilung“ oder „starker Staat“ aus.

? **Wo liegen geografisch die Schwerpunkte der SPÖ und warum?**

? **Wie heißen die vier Programme der SPÖ nach 1945?**

b) Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Geschichte

1949 gründeten zwei Nicht-NSDAP-Mitglieder (Herbert Kraus und Viktor Reimann) in Salzburg den „Verband der Unabhängigen“ (VdU). Der VdU zielte auf ehemalige Großdeutsche, Nationalsozialisten, Liberale und antiklerikale Bürgerliche ab – quasi ein Sammelbecken des „Dritten Lagers“. An die Stelle

des schon bald auseinanderbrechenden Konglomerats trat 1956 die **Freiheitliche Partei Österreichs** (FPÖ), die sich antiklerikal und antisozialistisch sowie wirtschaftsliberal und deutschnational positionierte. Zunächst schwach organisiert und programmatisch deutschnational orientiert, gelang es Bundesparteiobmann Friedrich Peter ab Mitte der 1960er Jahre, die Partei aus ihrer Isolation herauszuführen. 1970/71 unterstützte die FPÖ die SPÖ-Minderheitsregierung. Unter Norbert Steger war die FPÖ erstmals an der Regierung beteiligt (SPÖ-FPÖ-Koalition 1983–87). Die parteiinterne Unzufriedenheit führte 1986 allerdings zu einem Wechsel an der Parteispitze mit der Wahl Jörg Haiders zum Bundesparteiobmann. Mit der Machtübernahme **Jörg Haiders** orientierte sich die Partei radikal um. An die Stelle der deutschnationalen, europafreundlichen, bürgerlich geprägten Partei, trat nun eine populistische Protestpartei, die auf antieuropäische und ausländerfeindliche Ressentiments setzte und sich österreichisch-patriotisch sowie vielfach als „bessere“ sozialistische Gruppierung gab.

Die Partei war seit jeher von Spannungen zwischen liberalen und nationalen Traditionen geprägt. Dies änderte sich auch durch die Machtübernahme Jörg Haiders nicht. Das von Haider 1993 initiierte „Ausländervolksbegehren“ („Österreich zuerst“) war letztlich auch Anlass für die Abspaltung eines Teils der FPÖ unter der bisherigen Obmannstellvertreterin Heide Schmidt und der Gründung des Liberalen Forums. 2005 kam es schließlich zur nächsten Abspaltung: Jörg Haider selbst kehrte der FPÖ den Rücken und gründete das BZÖ.

Struktur

Verzeichnete die Partei 1959 einen Mitgliederstand von 22.000 Mitgliedern, konnte dieser bis in die 1990er Jahre mit 54.000 Mitgliedern im Jahr 1997 mehr als verdoppelt werden. Drei Viertel der Mitglieder kommen aus den Landesgruppen Kärnten, Oberösterreich, Steiermark und Salzburg, die innerparteilich starkes Gewicht haben. Nach der unter Haider erfolgten Zentrierung auf den Bundesparteiobmann, errang die FPÖ ab 1989 auch bei den Landtagswahlen Erfolge; in Kärnten wurde 1999 beispielsweise die FPÖ stärkste Partei und Haider Landeshauptmann. Zu den Vorfeldorganisationen der FPÖ zählen unter anderem: der Ring Freiheitlicher Studenten (RFS), der Ring Freiheitlicher Wirtschaftstreibender (RFW), der Allgemeine österreichische Bauernverband und der Verband Freiheitlicher Akademiker (Herausgeber der Zeitschrift „Aula“).

Programme

- 1949 Programm des VdU: Bejahung der Demokratie, Ablehnung der Diktatur; Bekenntnis zum deutschen Volkstum; Kritik an der Gesetzgebung der Nationalsozialisten.

- 1968 „Bad Ischler Programm“: gewisses Zurücktreten des deutschnationalen Gedankenguts; Betonung des Europa-Gedankens.

- Parteiprogramm 1998: deutliche Kurskorrektur, Anpassung an Realpolitik Haiders (Haider war auch am Deckblatt); Freiheit als höchstes Gut, definiert als „Höchstmaß an verantwortlicher Selbstbestimmung“; Menschenwürde: Sinn des Menschen liegt in sich selbst; Österreich-Patriotismus; letzter Rest der deutschnationalen Tradition: Die „überwiegende Mehrheit der Österreicher“ gehört der „deutschen Volksgruppe“ an; eigener Punkt „Christentum“; Absage an den historischen Antiklerikalismus; Europa wird als „christlich-abendländische Wertegemeinschaft“ definiert.

- Parteiprogramm 2011: Freiheit, Sicherheit, Frieden und Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung als politische Leitlinien, Bekenntnis zum Heimatland Österreich als Teil der deutschen Sprach- und Kulturgemeinschaft, Freiheit gilt den Freiheitlichen als höchstes Gut.

? **Zwischen welchen beiden Lagern kam es in der FPÖ immer wieder zu Machtkämpfen und warum?**

c) Die Grünen

Geschichte

Seit den 1970er Jahren entstanden **neue soziale Bewegungen**, die Inhalte und Formen etablierter Politik infrage stellten (Anti-Atom-Bewegung, Bürgerinitiativen, Umweltschutz). In Zeiten der Vollbeschäftigung und einer relativ sorgenfreien Zeit entstand so das Phänomen des Postmaterialismus. Der Geologe Alexander Tollmann, durch sein Engagement gegen das Kernkraftwerk Zwentendorf bekannt geworden, gründete 1982 die erste grüne Partei, die eher konservativ ausgerichteten „Vereinten Grünen Österreichs“ (VGÖ). Stärker links orientiert war die 1983 ins Leben gerufene „Alternative Liste Österreich“ (ALÖ). Da keine Einigung zwischen beiden Gruppen gelang, kandidierten sie bei den Nationalratswahlen 1983 auf getrennten Listen und verfehlten den Einzug ins Parlament. Erst vor der Nationalratswahl 1986 konnte man sich – gestärkt durch den erfolgreichen Widerstand gegen das Donaukraftwerk Hainburg (Hainburger-Au-Besetzung 1984) – auf die Gründung einer einheitlichen Partei unter dem Namen „Grüne Alternative“ (GA) und die prominente Grünpolitikerin Freda Meissner-Blau als Spitzenkandidatin einigen: Mit acht Mandaten zog die GA ins Parlament ein; seit 1995 ist die offizielle Bezeichnung der Partei
„Die Grünen – Die Grüne Alternative (Grüne)“.

Struktur

Die Grünen hatten im Jahr 2004 bundesweit etwa 4.600 Mitglieder, wobei es keine bundesweit einheitlichen Regelungen für Mitgliedschaften gibt. Das höchste Gremium ist der Bundeskongress, welcher mindestens einmal jährlich einberufen wird. Und dorthin entsenden alle Landesorganisationen ihre Delegierten, wobei auch die Migrantinnen- und Migrantenorganisation als „zehntes Bundesland“ Delegierte entsenden kann. Innerhalb und insbesondere im Umfeld der Grünen sind heute verschiedene Organisationen tätig, die sich als grün bzw. grün-nah verstehen. Dazu zählen unter anderem die Grünalternative Jugend (GAJ), „Grüne & Alternative StudentInnen“ (GRAS) oder die „Alternativen und Unabhängigen GewerkschafterInnen“ (AUGE/UG).

Programme

- 1990 „Leitlinien Grüner Politik“: sehr heterogenes Programm mit stark ordnungspolitischer Ausrichtung, v.a. im Umweltbereich; Vorrangstellung der Ökologie; grüne Politik als „kultureller Widerstand, der auf allen Ebenen der Gesellschaft geleistet werden muss“; Aufruf zum zivilen Ungehorsam, Abschaffung des Bundesheeres; Bevorzugung von Minderheiten (Quoten, positive Diskriminierung).

- 2001 „Grundsatzprogramm der Grünen“: Ziel ist kein ideologischer „Endzustand“, sondern eine „solidarische Gemeinschaft freier Menschen in einer intakten Umwelt“; Grüne sehen sich in Bezug zum gesellschaftlichen Liberalismus (Toleranz, Freiheit) und zum Sozialismus (Gerechtigkeit, Solidarität); Wunsch nach „radikaler Veränderung“, die von einem „aufgeklärten Egoismus“ (Auswirkungen unseres Tuns auf uns, Menschen anderswo und Menschen in der Zukunft) und einer „Abkehr vom anthropozentrischen Weltbild“ (Mensch nicht allein im Mittelpunkt) getragen wird; „Komplexität“ und „Vernetzung“ sind sehr häufig gebrauchte Vokabeln; auch das Menschenbild der Grünen ist ein „komplexes“ (selbstbestimmt, frei von Rollenzuschreibungen, Recht auf Selbstentfaltung verknüpft mit Verantwortung – „Individuelle Freiheit und solidarische Verantwortung bedingen einander ...“); Aufgabe der Gesellschaft ist die Veränderung der Gesellschaft; Utopie einer „ökologisch orientierten Systemveränderung“; es gibt keine absoluten Werte (Naturrecht); Grundwerte: ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei, feministisch; Nachhaltigkeit.

d) Team Stronach

Geschichte

Die Partei Team Stronach wurde am 25. September 2012 vom austrokanadischen Industriellen Frank Stronach gegründet. Die neue Partei erreichte schon vor ihrem ersten Antreten bei Wahlen Klubstatus im Parlament, da sich Abgeordnete anderer Parteien dem Team Stronach anschlossen. Bei den Nationalratswahlen im September 2013 erreichte das Team Stronach mit 5,7 Prozent der Stimmen auf Anhieb den Einzug in den Nationalrat.

Struktur

Obmann des Team Stronach ist Frank Stronach, der gemäß den Parteistatuten „die Partei alleine nach außen“ vertritt. Seine Stellvertreterin ist Kathrin Nachbaur. Das oberste Parteiorgan der Partei ist das Bundesdirektorium, das aus elf Mandataren, neun Landesobleuten, drei Landesräten, drei Klubobleuten und dem Abgeordneten zum Bundesrat besteht.

e) NEOS

Geschichte

Das Neue Österreich, kurz NEOS, wurde im Oktober 2012 gegründet. Gegründet als Wahlbündnis mit dem Liberalen Forum fusionierten die Bündnispartner am 25. Jänner 2014 zu einer Partei. Der gebürtige Vorarlberger Mathias Strolz ist Gründer und aktueller Parteivorsitzender der NEOS.
Die NEOS erreichten bei ihrem ersten Wahlantritt 2013 mit rund 5,0 Prozent auf Anhieb den Einzug in den Nationalrat.

Struktur

Höchstes Parteiorgan ist die Mitgliederversammlung, die alle maßgeblichen Entscheidungen trifft und den Vorstand bestellt. Die Mitgliederversammlung besteht aus allen Mitgliedern der Partei. Sie steht unter dem Vorsitz eines dreiköpfigen Präsidiums, welches die Mitgliederversammlung wählt. Dem Parteivorstand obliegt die operative Leitung des Tagesgeschäfts. Er besteht aus sieben stimmberechtigten Mitgliedern, nämlich dem/der Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem Finanzreferenten, dessen Stellvertreter, und zwei weiteren Mitgliedern sowie dem Bundesgeschäftsführer (ohne Stimmrecht).

Programm

Das Parteiprogramm „Pläne für ein neues Österreich“ behandelt in 13 Punkten die Themen Demokratie, Bildung, Europa, Wirtschaft/Standort/Steuern, Soziales, Pensionen, Arbeit, Wohnen, Familie, Umwelt, Energie, Integration und Justiz.

? **Warum lehnen Grüne den Ausbau sauberer und unerschöpflicher Energien wie der Wasserkraft ab?**

? **Welche Gefahren für die Menschheit liegen in der Ablehnung des anthropozentrischen Weltbildes durch die Grünen (Gleichsetzung von Tier, Umwelt und Mensch)?**

Allgemeine Frage:

? **Welche ist die, nach Mitgliederzahlen, größte Partei Österreichs?**

7. Grundsatzprogramme im Vergleich

Die Grundsatzprogramme der einzelnen Parteien zu vergleichen, ist manchmal schwierig – zumeist werden dieselben Begriffe (Freiheit, ...)
verwendet, aber Definition und Zugang zu diesen Begriffen sind verschieden. Daher: Die Programme und Werte der einzelnen Parteien lassen sich nicht auf Schlagworte reduzieren!

a) ÖVP-Grundwerte

Das aktuelle Parteiprogramm der ÖVP, das sogenannte „Wiener Programm“, stammt aus dem Jahr 1995. Das erste Grundsatzprogramm wurde im Jahr 1945 veröffentlicht, welches die „15 Leitsätze“ umfasste. 1972 wurde es durch das „Salzburger Programm“ ersetzt, das 1985 mit dem „Zukunftsmanifest“ ergänzt wurde. Im aktuellen Grundsatzprogramm von 1995 wurde den gesellschaftlichen und politischen Veränderungen in und um Österreich (EU-Beitritt, Ende des Kalten Krieges, technologische Revolution) Rechnung getragen. Im Zentrum steht das christlich-humanistische Menschenbild. Der Mensch besitzt von Natur aus ein „unaufhebbares Recht auf Leben und freie Entfaltung“. Der Mensch hat einen unveräußerlichen Anspruch auf Freiheit, Selbstbestimmung und gesellschaftliche Mitsprache. Die ÖVP erkennt auch an, dass der Mensch nur in einer Gemeinschaft mit anderen Menschen seine Fähigkeiten voll entfalten kann. Er trägt daher Verantwortung nicht nur für sich, sondern auch für die Gemeinschaft, in der er lebt. Die Grundwerte, die sich für die ÖVP aus diesem christlich-humanistischen Menschenbild ableiten, sind: Freiheit, Verantwortung, Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit, Leistung, Sicherheit, Subsidiarität, Toleranz, Partnerschaft und Mitwirkung. Die Klammer um all diese Grundwerte ist die Solidarität. Die Solidarität ist eine der Grundprinzipien der Christlichen Soziallehre. Das Prinzip der Solidarität meint, dass alle Menschen in ihren sozialen Bezügen einander verbunden sind. Der Begriff „Solidarität“ bezeichnet daher das Prinzip des menschlichen Zusammenlebens und ist die Grundlage jeder Gesellschaft. Der Einzelne muss das Recht des anderen respektieren und selbst Rücksicht auf den anderen nehmen. So kann ich mich nicht auf Kosten anderer stets durchsetzen wollen. Entsprechend müssen andere mich ebenfalls respektieren und meine Freiheiten achten. Die solidarische Pflicht anderen gegenüber zielt auf gegenseitige Hilfe und das Eintreten füreinander ab. Solidarität kann sich von einer familiären Kleingruppe bis zu Staaten und Staatsgemeinschaften erstrecken. Zur Solidarität gehört die persönliche Zuwendung von Mensch zu Mensch. Solidarität ist somit auch die Wurzel von Toleranz und Partnerschaft. Der Staat soll dem Bürger eigene Initiative und verantwortliche Selbsthilfe im Rahmen des Möglichen erleichtern und zumuten, diese jedoch nicht übernehmen. Im Parteiprogramm 1995 wird die „Solidarität“ zwar nicht explizit als Grundwert ausgewiesen, sie wird aber als tragendes Element der Ökosozialen Marktwirtschaft genannt.

b) SPÖ-Grundwerte

Das Grundsatzprogramm der SPÖ stammt aus dem Jahr 1998. Schon in den ersten Zeilen des Grundsatzprogramms der SPÖ erkennt man die Unterschiede zum Parteiprogramm der ÖVP. Steht im Grundsatzprogramm der ÖVP von Beginn an der Mensch im Mittelpunkt, so fühlt sich die SPÖ „dem Ideal einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft verpflichtet“. Die SPÖ stellt die Gesellschaft ins Zentrum ihrer Grundsätze. Der Idealzustand der SPÖ ist eine Gesellschaft, „in der Klassengegensätze überwunden sind, in der Probleme friedlich gelöst werden und in der sich die

menschliche Persönlichkeit frei von Angst und Not entfalten kann“. Die zugrunde liegende Einschätzung der Gesellschaft ist daher eine negative: Gesellschaft ist kein Miteinander, sondern wird von ihren Gegensätzen bestimmt: Klassen, Probleme und Angst und Not gegenüber dem Einzelnen, die überwunden werden müssen.

So unterschiedlich die Ausgangsprämissen sind, so ähnlich erscheinen zunächst die Grundwerte von SPÖ und ÖVP: Auch die SPÖ fühlt sich den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität verantwortet. Dass die Freiheit, die die ÖVP meint, jedoch nicht unbedingt die Freiheit ist, von der die SPÖ spricht, zeigt sich im Vergleich.

c) FPÖ-Grundwerte

Das Parteiprogramm der FPÖ unterscheidet sich insofern von denen der anderen Parteien, als es sehr konkrete Handlungsanleitungen für die Tagespolitik enthält. Diese für Parteiprogramme ungewöhnliche tagespolitische Aktualität hat mit der wechselvollen Geschichte und den innerparteilichen Grabenkämpfen der FPÖ zu tun. Die Abspaltungen des Liberalen Forums und des BZÖ sind die sichtbarsten Zeichen ständiger Flügelkämpfe in der FPÖ, vor allem zwischen dem nationalen und dem liberalen Lager. Je nachdem, welcher Flügel in der Partei die Oberhand hatte, wurde das Parteiprogramm schwerpunktmäßig verändert. Die Grundwerte der FPÖ sind Freiheit, Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie Österreich und Heimat.

d) Grüne-Grundwerte

Das Parteiprogramm der Grünen stammt aus dem Jahr 2001. Auch die Grünen beziehen sich, ähnlich wie die SPÖ, vor allem auf eine „solidarische Gesellschaft“. Ein Hauptaugenmerk der Grünen liegt auch auf einer aktiven Umweltpolitik. Das Parteiprogramm der Grünen enthält, vor allem wenn es um gesellschafts- und sozialpolitische Fragen geht, einige Positionen, die inhaltlich sehr nahe der SPÖ liegen. Mit ihrem Eintreten für Quoten und positive Diskriminierung hebeln sie das Grundrecht der Vertragsfreiheit aus. Bezüglich der Verantwortung des Menschen für die Natur greifen die Grünen Positionen auf, die die ÖVP bereits in den 1970er Jahren festgeschrieben hat. Aus diesen beiden Wurzeln leiten die Grünen folgende Grundwerte für sich ab: ökologisches Denken, solidarisches Handeln, selbstbestimmtes Leben, Basisdemokratie, Gewaltfreiheit und Feminismus.

e) Team Stronach-Grundwerte

Das Grundsatzprogramm von 2013 nennt als zentrale Werte des Team Stronach Wahrheit, Transparenz und Fairness. Das Team Stronach agiert wirtschaftsliberal, europaskeptisch und populistisch.

Wahrheit … Die Bürger müssen Daten und Fakten unverfälscht zur Meinungsbildung erhalten.
Transparenz … Die Bürger müssen volle Einsicht in politische Vorgänge haben.
Fairness … Bei Fairness handelt es sich um einen Gerechtigkeitssinn in einer Gesellschaft.

f) NEOS-Grundwerte

Das Parteiprogramm „Pläne für ein neues Österreich“ der NEOS von 2013 kritisiert den Stillstand des Landes. Die Neos sehen sich als Bürgerbewegung zur Stärkung der Gesellschaft. Die neue Partei möchte mit ihren Auftreten einen neuen Stil in die Politik bringen.

Folgende Kernwerte haben die NEOS im Programm:

freiheitsliebend	… mündig, unabhängig, entscheidungsfrei, flexibel, aufgeschlossen
wertschätzend	… fair, gemeinsam gestalten, europäisch und weltoffen, sozial verantwortlich und integrativ, leistungsorientiert
nachhaltig	… chancengerecht, integraler Ansatz, langfristig orientiert, Zukunftsfreude statt Zukunftsangst, Balance von Gesellschaft, Wirtschaft und Ökologie
authentisch	… überlegt, kompetent und lernfähig, aufrichtig und echt, transparent, klar und verständlich
eigenverantwortlich	… verantwortungsbewusst

Die Grundwerte der Parteien im Vergleich

ÖVP	• Freiheit • Verantwortung • Nachhaltigkeit • Gerechtigkeit • Leistung • Sicherheit • Subsidiarität • Toleranz • Partnerschaft • Mitwirkung
SPÖ	• Freiheit • Gleichheit • Gerechtigkeit • Solidarität
FPÖ	• Freiheit • Sicherheit • Frieden • Wohlergehen für Österreich und seine Bevölkerung
Die Grünen	• Ökologisches Denken • Solidarisches Handeln • Selbstbestimmtes Leben • Basisdemokratie • Gewaltfreiheit • Feminismus
Team Stronach	• Wahrheit • Transparenz • Fairness
NEOS	• Freiheit • Wertschätzung • Nachhaltigkeit • Authentizität • Eigenverantwortung

8. Weiterführende Literatur:

Die Grünen (2001): Grundsatzprogramm der Grünen, *http://www.gruene.at/uploads/media/Gruenes_Grundsatzprogramm2001_01.pdf*

Die Österreichische Volkspartei (1998): Das Grundsatzprogramm, *http://www.oevp.at/download/000298.pdf*

FPÖ (2011): Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs, *http://www.fpoe.at/fileadmin/Content/portal/PDFs/2012/2012_parteiprogramm_web.pdf*

Moser, Christian S.(Hg.) (2011): *Konservative Korrekturen*, Wien: Verlag noir.

Moser, Christian S./ Halper, Dietmar / Danich, Peter (Hg.) (2008): *Schlüsselbegriffe der Demokratie*, Wien: Böhlau Verlag.

NEOS – Das neue Österreich (2013): Pläne für ein neues Österreich, *http://neos.eu/plaene/*

SPÖ (1998): Das Grundsatzprogramm, *http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf*

Team Stronach (2013): Das Grundsatzprogramm, *http://www.teamstronach.at/de/programm*

Universität Bamberg: Texte zur Katholischen Soziallehre,*http://www.uni-bamberg.de/theoethik/leistungen/service/digitale-bibliothek/*